stellt, die eigentliche Ursache ihrer fortdauernden Niederlage ist. Und daß vor der Besetzung der besten Stätze das kapitalistische Gebäude unmöglich überwunden werden kann.

Die besten Argumente für die Richtigkeit unserer Anschauung haben wir bekommen durch die praktischen Arbeitsleistungen der kommunistischen Ortsfraktionen des ADGB. Gleichwohl sinnen die von der Opposition beauftragten Erbauer, die in allen Fällen Lokalpreministe der KPD. waren, gemeinsam zur SPD. über (Oberhausen, Essen), wobei einzelne Hessenkämpe in Remscheid (Solingen) sogar die Methoden in der Tat den gleichen, vielfach auch größeren Mist wie die früheren Ortsleitungen der SPD., sodaß es diesen nicht schwer fiel, dem untreu gewordenen Teil der Schichten, die schwachen Seiten der Eroberungstheorie aufzuzeigen. Die leicht denkbare Folge war, daß bei den darauf erscheinenden Ortswahlen die KPD.-Fraktion glatt unter den Tisch fiel. Trotzdem beginnen die Spielereien wieder von neuem. Die Wirkungen bleiben nicht aus. Die Arbeiter, denen man trotz großer Versprechungen nichts besseres bieten kann, fallen allmählich der Stagnation anheim, aus der sie dann schließlich selbst für revolutionäre Zwecke zu bewegen sind. Und das ist der gewünschte Erfolg der im russisch-kapitalistischen Solde stehenden Strategen. Sie sind ausgezeichnete Psychologen, die die wohl aktiv guten, aber schlecht erkennenden Kräfte des Proletariats in den großen Karren der kapitalistischen Wirtschaft einzuspannen wissen. Auch die anderen aufgespannten Parolen von deren Unsinnigkeit, die geistigen Schöpfer selbst überzeugt sind, erledigen sich selbst durch den Hinweis, daß alle schönen und guten Wünsche der Arbeiterklasse erst dann realisierbar sind, wenn die Arbeiterklasse die heutige Gesellschaft zum Teufel gelegt und sich selbst zum Herren ihrer eigenen Geschicke aufgeschwungen hat. Das heißt, wenn sie die politische Macht, die sich ausdrückt in Form der Rätewirtschaft auf dem einzig möglichen Wege des antigesetzlichen Kampfes errungen hat. Es liegt an uns Genossen, den kommenden unausbleiblichen Kämpfen das richtige Gepräge zu geben.

Schon schlagen die ersten Funken aus dem Kampf zwischen Arbeit und Kapital. Am 1. März ist der Schiedsspruch für die Ruhrkumpels abgelaufen. Die Metallarbeiter grollen unter dem Druck des mit Hilfe der Gewerkschaften abgeschlossenen Schiedsspruches. Die Aussperrungen von 20 000 Metallarbeitern in Bielefeld, sowie die fristlose Entlassung von 700 Arbeitern der Firma Phönix Düsseldorf zeigt uns deutlich, daß die Unternehmerschaft im Bewußtsein der kräftigen Unterstützung, die es wie bisher von seiten des ADGB. zu erwarten hat, sich stark genug fühlt, noch einmal zum Tanze, der auch einmal ihr Totentanz sein wird, kräftig aufzuspielen. Man sieht an Hand der jetzt entwickelten Linie ganz deutlich, welch scheinbar verschiedene Kräfte Hand in Hand arbeiten. Der ADGB. nimmt, weil unaufschiebbar sich das Kampfes an, um sich mit Weis auszudrücken, ihm die Spitze abzubrechen. Und die KPD. trägt ihr gerüttelstes Maß Schuld mit daran, indem sie mit gebietender Gebärde schreit: „Hinein in die Gewerkschaften!" Führwahr, eine sehr große und anständige Gesellschaft hat sich zur Einheitsfront zusammengeschlossen. Das Proletariat möge sich in Acht nehmen, daß es unter den einheitlichen Bestrebungen dieser famosen Gesellschaft von Ruth Fischer bis Ludendorff nicht zusammengetreten wird.

Wirtschaft

Eine neue Mißernte in Rußland

Die Saatstands-Schätzungen Rußlands deuten auch für das Jahr 1925 eine Mißernte an. Fast aus allen Gegenden laufen in Moskau Nachrichten zusammen, daß die kommende Ernte noch schlechter sein wird als die vorjährige. Der Kommissar für Landwirtschaft stellte in Charkow fest, daß in der ganzen Ukraine im Durchschnitt 15. v. H. der Einsaat verloren ist. Im Bezirk Berdjonsk sind bis jetzt 40 v. H. vernichtet. Man schätzt die Ernte, falls keine Fehlschläge mehr kämen, aber nur auf 40 v. H. Es wird also mit 60 v. H. Einbuße gerechnet. Dasselbe trifft auf den ganzen Wolgadistrikt zu. Im Distrikt Zarizyn sind 13 v. H. verloren. Im Donbistrikt schätzt man den Verlust auf 25 bis 30 v. H. Aus Sibirien kommen ähnliche Nachrichten. Als Ursache ist größtenteils starker Frost bei fehlender Schneedecke angegeben, also erfrieren der Einsaat. Aber auch andere Unwetter spielen eine bedeutende Rolle dabei.

Das Wintergetreide, d. h. das Getreide das jetzt schon eingesät ist, Weizen und Roggen, ist die Hauptverbrauchsquelle Rußlands. Die Regierung bereitet eine Aktion vor, die Sommerhalmfrüchte, Hafer und z. T. auch Gerste, stärker anzubauen. Die betroffenen Distrikte verlangen hierzu eine Staatsunterstützung in Saatgut. Bei den zerrütteten Finanzverhältnissen des russischen Staates erscheint es fast unmöglich, die Riesenmengen Saatgut anzukaufen. Aber auch im Falle des Gelingens, ersetzt der Anbau von Sommergetreide nicht den Ertrag des Wintergetreides. Schließlich kommt als Bezugsland für Saatgut nur Amerika in Betracht. Amerikanisches Getreide zeichnet wegen des andersgearteten Klimas in Rußland nur sehr schlecht. Zum Teil ist es — im nordöstlichen Sibirien und im südlichen, zentralasiatischen Rußland — überhaupt nicht geeignet.

Der schlechte Ernteausfall in Rußland bedeutet für die Junker anderer Länder wohl höhere Profite, für das Proletariat aber steigende Preise der Lebensmittel, wie des Lebensunterhalts überhaupt. Die Preise des Getreides am Weltmarkt richten sich stets nach den steigenden teuren Preisen derjenigen Länder, die einen Zuschuß nötig haben.

Ausland

Konferenz der Minderheitsbewegung der englischen Gewerkschaften.

Am 25. Januar tagte in Batterson, d. h. in Südost London eine Konferenz der Minderheitsbewegung der engl. Gewerkschaften. Einen Bericht in Workers Weekly vom 30. Januar 1925 entnehmen wir folgendes: Es waren 630 Delegierte anwesend, die 38 Gewerkschaften, 10 Genossenschaften und 34 Gewerkschaftsräte (Vereinigte Vorstände) vertraten. Sie repräsentierten 600 000 Mitglieder. Eine immerhin beachtenswerte Zahl, wenn man bedenkt, daß die Gesamtzahl der Mitglieder innerhalb der engl. Gewerkschaften wohl kaum 4½ Millionen übersteigt.

In Vertretung von A. J. Cook, dem Sekretär der engl. Bergleute, führte Tomas den Vorsitz, der schon durch Jahrzehnten einen mutigen und aufrichtigen Kampf für eine revolutionäre Gewerkschaftsbewegung führt. Er besitzt internationale Erfahrung, da er ein Jahrzehnt im Ausland, d. h. hauptsächlich in Australien, aber auch in Paris tätig war.

Anerkannt von der Rede Cook's, die in seiner Abwesenheit verlesen wurde, — Cook bekannte sich offen zu den Prinzipien Karl Marx's und als ein Anhänger von Lenin. — waren alle Redner von der Notwendigkeit der Ueberwindung durchdrungen, es sei höhte den Generalangriff der Kapitalistenklasse durch einen Gegenstoß der national und international vereinten Arbeiterklasse abzuwehren. Dieser Gegenstoß kann nur einen Zweck haben, den Kapitalismus zu zertrümmern. Schließlich sagte Cook seine Rede: „Die Worte von Karl Marx, „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch, ihr habt nichts zu verlieren als Eure Ketten und eine Welt zu gewinnen", haben noch heute wie der Ruf einer Posaune zu uns allen. Seid bereit! Er empfiehlt:

1. Organisation nach industrien;
2. Jede Industrie muß national und international zusammengeschlossen sein.
3. Jeder Kampf, ob in Angriff oder Verteidigung muß national oder international durchgeführt werden.

Den Bericht der Delegation nach Rußland gab Harri Pollit. Er enthielt nichts neues. Die Mitgliederzahl der russischen Gewerkschaften wäre in zwei Jahren von 4½ Millionen auf beinahe 6½ Millionen gestiegen. Er hielt sie den tausendeinhundertundeil engl. Gewerkschaften entgegen. Diese Einheit drücke sich auch in der Macht der russischen Generalrats aus; auch sah man, daß die Delegierten wirklich aus den Fabriken und Werkstätten gekommen waren. Er rühmte den Ernst und die Sachlichkeit mit dem die russischen Gewerkschaften ihren Aufgaben gerecht werden. Die Hebung der Produktion im „proletarischen Rußland" sollte nicht durch Mehrarbeit, sondern durch Anwendung besserer Organisationen und besseren technischen Mitteln erfolgen. —

Auch die besondere Fürsorge für Frauen, Kinder und Kranke wurde gerühmt. Tatsächlich hat, wie übereinstimmend berichtet wird, hier Rußland etwas Vorbildliches geschaffen. Dies wird nicht dadurch geschmälert, daß Mangel an Medikamenten vorhanden ist. Den Teil seiner Verbrauchsgüter, den eine Gemeinschaft für solche Zwecke verwendet, der Geist, der diese Einrichtungen durchdringt stellen ihren kulturellen Wert da. Wenn der erneut vordringende Kapitalismus dieses Verhältnis unglücklich beeinflußt, so schmälert das nicht den beispielhaften Versuch.

Die Nachmittagssitzung wurde mit einer Resolution eröffnet, die den Weg zur Herstellung einer internationalen gewerkschaftlichen Einheitsfront weisen sollte. Sie fordert einen Weltkongreß aller gewerkschaftlichen Organisationen, seien sie der Roten oder Amsterdamer Internationale angeschlossen oder ständen sie außerhalb einer internationalen Organisation. „Wirkliche Einigkeit erfordert zunächst Einigkeit in unseren eigenen Reihen" (d. h. nationale). „Daher fordert diese Konferenz die Arbeiter auf, sofort die Propaganda für die Bildung von Fabrik- und Werkstättenkomitees (Räte) zu beginnen. Diese werden die Arbeiter vereinigen ohne Berufsunterschiede, und so die Arbeiterbewegung in Stand setzen, mit Erfolg den großen Kämpfen entgegenzusehen, die uns unmittelbar bevorstehen."

„Wir müssen mit der Politik des Klassenfriedens und der Zusammenarbeit mit dem Völkerbund brechen. Der Völkerbund ist nur das mächtigste Kampfmittel des Kapitalismus. Wir müssen eine internationale Führerschaft uns formen, welche die Fähigkeit besitzt und den Willen hat, die Kämpfe der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus unter dem Banner einer geeinigten Gewerkschaftsinternationale zu führen."

Diese Resolution wurde von Artur Horner, dem Delegierten der Bergleute aus Süd Wales, eingebracht und einstimmig angenommen. In seiner Begründung sagte er: „Die Politik der Führer der Amsterdamer Internationale macht diese Organisation zu einem Handlaßpen des Kapitalismus". Die Debatte betonte immer wieder die Notwendigkeit der internationalen Einigkeit gegenüber dem energischen zusammenfassenden Angriff der Kapitalistenklasse der Welt. Alex Gossin betonte, daß, wenn deutsche Sozialdemokraten erklärten, daß sie sich mit den Kapitalisten verbunden hätten, um die Streiks abzuwürgen, zusammenbrechen zu lassen, eine revolutionäre Bewegung bitter notwendig sei.

Es waren auch eine Reihe ausländischer Delegierter schienen, so von den Eisenbahnern der Tschechoslowakei und der französ. Confédération des Travails. Der franz. Vertreter warnte die Engländer, ihre Gewerkschaft zu spalten. Jim Lackin brachte die Grüße der revolutionären Arbeiter Irlands. Er sagte: „Die Hoffnung der Arbeiter liegt in Sowjet-Rußland" und erntete beständigen Beifall. Er fuhr fort: „Wenn die Thomas die Clynes und die Max Donald ihrer alten revolutionären Ueberzeugung treugeblieben wären, hätten wir heute eine andere Geschichte. Die Arbeiterklasse hätte heute die Macht in Händen gehabt." Ubudhay aus dem fernen Osten gab eine eingehende Schilderung der furchtbaren Zustände, unter denen sich die Arbeiterschaft in Indien, Bengalen und China quälen muß. Er fordert zum gemeinsamen Kampf gegen den englischen Imperialismus auf. Es ist bezeichnend, daß es der Abgesandte der revolutionären Arbeiter Amerikas war, der aussprach: „Diese Konferenz bezeichnet die Tatsache, daß die englische Arbeiterklasse anfängt, sich in Bewegung zu setzen. Und wenn die engl. Arbeiter zu marschieren beginnen, faßt die Arbeiterschaft der übrigen Welt erneute Hoffnung und fängt ihrerseits an, sich in Bewegung zu setzen." Für die deutsche Delegation sprach Müller. Es wurden noch Resolutionen, welche die Greuel, die von der Arbeiterregierung wie von dem neuen Konservativ-Kabinett im Namen des engl. Imperialismus verübt worden waren, verdammten; eine Resolution, welche die Versammlung aufforderte, dafür zu sorgen, daß die Genossenschaften in wirkliche Waffen des Klassenkampfes in Händen der Arbeiter verwandelt werden, angenommen. Ebenso eine Resolution, welche den Versuch, die Eisenbahnen zu militarisieren, verdammte.

Wir haben diesen ausführlichen Bericht wiedergegeben, weil wir der Meinung sind, daß man die Schwächen und Illusionen, welche der engl. Minderheitsbewegung anhalten, nicht verbergen soll. Wir sind aber trotzdem der Meinung, daß diese Konferenz für die Bewegung der engl. Arbeiterschaft wirklich einen Schritt vorwärts bedeutet. Es geht nicht an, alles mit dem Hinweis auf die dritte Internationale abzutun. Gerade die engl. Arbeiterschaft ist in den letzten drei Jahrzehnten so unsanft aus ihrem Schlummer gerissen worden, daß wohl zu hoffen ist, daß in den Kämpfen, die ihr bald und unausbleiblich aufgedrungen werden, sie schnell und unerbittlich die letzten Konsequenzen ziehen wird und befreit von Illusionen die Bahn des kompromißlosen Klassenkampfes beritt.

Aus der Jugendbewegung

Nach dem Jungarbeiterkongreß.

Die kommunistische Jugend des Bezirkes Rheinland-Westfalen hatte mal wieder das Bedürfnis ihre revolutionären Kampfmittel und Methoden unter die arbeitende Jugend an den Mann zu bringen. Zu diesem Zweck berief sie für den 25. Januar 1925 zu Essen einen Jungarbeiter-Kongreß ein. Dieser Jungarbeiterkongreß, der durch mehrere Monate dauernde Vorbereitung und Agitation unter den Jugendlichen, sich zu einer wuchtigen Kampfansage gegen die herrschende Gesellschaft gestalten sollte — war nicht nur ein Fiasko für die Einberufer dieses Kongresses (KJD. — Zentralrat der Erwerbslosen — Union der Hand- und Kopfarbeiter — Landesausschuß der Betriebsräte), sondern zeigte uns auch unverhüllt das wahre Gesicht der sich noch kommunistisch nennenden KJD. Die Aufrufe in der Presse, die die jugendlichen Arbeiter, sowie die bestehenden verschiedenen Jugendorganisationen zur Teilnahme an diesem Jungarbeiterkongreß aufforderten, enthielten nur Themen, welche auf dem Kongreß behandelt werden sollten, die rein wirtschaftlicher Art waren, wie Erhöhung der Löhne, Eingliederung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß, und so verschiedene andere Forderungen. Wenn auch in den Aufrufen zu diesem Kongreß wuchtige Worte zebrauch wurden, — wie Tyrannei, Sklavenleben, zum Teufel mit dieser kapitalistischen Wirtschaftsordnung — so können wir als KAJ. sagen, die auf dem Kongreß behandelten Fragen hätten ebensogut von irgend einem christlich-bürgerlichen Verein erörtert werden können. Das hätte dem Wesen dieses Jungarbeiterkongresses wahrscheinlich das richtige Bild gegeben. Wir als Kommunistische Arbeiterjugend standen diesem Kongreß erst gleichgültig gegenüber, bis wir von der KJ. eine Einladung erhielten, die uns aufforderte zu diesem Kongreß Delegierte zu entsenden. Diese Einladung enthielt neben der Tagesordnung, die wir schon erwähnt sich nur auf gewerkschaftlichen Kampf, unter anderem folgenden Punkt, der auf dem Kongreß mit zur Bearbeitung und Klärung behandelt werden sollte: Es gilt gegen die Verelendung der arbeitenden Jugend in Stadt und Land eine klassenbewußte Abwehrfront gegenüber dem verkrüppelten kapitalistischen Sinn entgegenzustellen. Der Jungarbeiterkongreß wird sich mit diesen Fragen eingehend zu beschäftigen haben. — Dieser Punkt gab für uns Mitglieder der KAJ. des hiesigen Bezirks Veranlassung an dem Jungarbeiterkongreß mit teilzunehmen und unsere ganzen Kräfte dafür einzusetzen, an einer gedeihlichen Lösung dieses Punktes mitzuarbeiten, zur Bildung einer revolutionären Kampffront unter den jugendlichen Arbeitern, zur Beseitigung von Hindernissen die einer proletarischen Revolution hinderlich im Wege stehen. Mit den besten Hoffnungen und Wünschen — und mit dem besten Vorsatz, zu arbeiten — zum Wohle der arbeitenden Jugend — für die Revolution — für den Kommunismus, beteiligten wir uns an dem Jungarbeiterkongreß.

Der Kongreß verlief, die Delegierten aus dem Betrieb sind zurückgekehrt und sollen Bericht erstatten unter den jugendlichen Arbeitern im Betrieb über das was der Kongreß brachte. Die Delegierten der verschiedenen Jugendorganisationen sind zurückgekehrt, um am Orte, in der Ortsgruppe — über das, was der Kongreß zeigte, zu beraten und Lehren zu ziehen.

Was brachte und zeigte uns der Kongreß, — wie verlief er. — Hierzu ein kurzer Bericht.

Anfang 3½ Uhr. Anwesend 216 Delegierte, die sich zusammensetzten aus 111 Betriebsdelegierten, 18 Erwerbslosen, 24 von verschiedenen Sport- und Turnvereinen, 48 Kommunistische Jugend, 8 Gewerkschaftsdelegierten, 4 KAJ., 3 SAJ.

Vor Eingang in die Tagesordnung wurde eine Anzahl Begrüßungstelegramme und Schreiben verlesen, sowie mehrere Begrüßungsansprachen gehalten.

Nachdem erhielt der Referent der KJ. das Wort zu einem Referat über die politisch-wirtschaftliche Lage.

Das Referat zeigte uns nichts Neues, es brachte nur feststehendes zum Ausdruck, das Referat in folgenden Ausspruch: „Wir sehen, daß die Bourgeoisie und die Kapitalisten durch gemeine unerhörte Rechtlosmachung und Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen versuchen über die Wirtschaftskrise hinwegzukommen. Darum ist es notwendig, daß alle Jugendlichen sich hinter die Weißenfeiser Forderungen stellen — und für die Erreichung dieser Forderungen sich zusammenschließen und darum kämpfen."

Nach dem Referat wurde in die Mittagspause eingetreten.

Anschließend an die Mittagspause wurden zwei von Rußland gesandte Fahnen „geweiht" und übergeben, was eine längere Zeit in Anspruch nahm als die ganze Vormittagssitzung.

Wer nun dachte, daß über das Referat zur politisch-wirtschaftlichen Lage eingehend gesprochen und beraten würde, um der arbeitenden Jugend für die Zukunft bestimmte, klare, zum Kommunismus, zur Revolution hinweisende, hinmündende Wege aufzuzeigen, der hatte den Jungarbeiterkongreß zu früh als ein Zusammentreffen revolutionär und klassenbewußt denkender Jungarbeiter eingeschätzt.

Durch eine festgesetzte Redezeit von 10 Minuten war jede Möglichkeit dazu schon von vornherein abgetötet. Nachdem 8 sich zu Wort gemeldete Jugendliche je 10 Minuten gesprochen hatten, darunter drei von der KAJ., wurde außerdem noch durch einen Schlußantrag jede weitere Debatte unterbunden, trotzdem sich noch eine größere Anzahl Jugendlicher zu Wort gemeldet hatten.

(Schluß folgt.)

Eingegangene Schriften.

Dr. Schönholz: Die deutschen Gewerkschaften. 40 S. Preis Mk. 0,40. Volksvereins-Verlag. München-Gladbach.
Dr. Marie Schwarz: Das Berufsproblem. 117 S. Preis Mk. 1,80. Volksvereins-Verlag. München-Gladbach.
H. Grasmann, Arbeit.
12 Linoleumschnitte von A. Wöhlermann und H. Starnberger, Preis Mk. 1,50. Verlag der Werkgemeinschaft „Das Werden", Berlin-Britz.

Mitteilungen

RHEINLAND-WESTFALEN.

KAP. Elberfeld, Barmen, Remscheid.

Freitag, den 6. März 1925, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung in Barmen, bei Uttermann, Fischerthaler Straße.

Sämtliche Genossen der KAP. und AAU. müssen erscheinen.

Tagesordnung: 1. Die Entwicklungstendenzen des Kapitalismus. 2. Organisatorisches. 3. Verschiedenes.

Die Unterbezirksleitung.

Leipzig.

Bestellungen für die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung", „Kampfruf" und „Proletarier" und Anmeldungen für Partei und Union, sowie alle Auskunft jederzeit bei:

Albert Warschau, Böhlitz-Ehrenberg, Leipziger Str. 99 II.

Groß-Berlin

19. und 20. Unterbezirk. Freitag, den 13. 3. wichtige gemeinsame Mitglieder-Versammlung in Reinickendorf-Schönholz, Ecke Sommer-Straße. Erscheinen aller Genossen unbedingte Pflicht!

Neu erschienen!

„Rote Jugend".

Kampforgan der Komm. Arbeiter-Jugend.

Nr. 2. Jahrgang 5. Preis 10 Pfg.

Inhalt:

Die Hölle auf Erden. — Jungarbeiter, sprengt die Ketten der Lohnsklaverei. — Das Arbeitsfeld. — Das Mädchen in der proletarischen Jugendbewegung. — Warum sind wir Kommunisten? — Etwas vom „Weltfrieden". — Aus den Betrieben.

Jungarbeiter! Lest und verbreitet die „Rote Jugend". — Genossen der KAP. und AAU.! Verbreitet die „Rote Jugend" in den Betrieben unter den Jungproleten!

Zu beziehen durch alle Gruppen der KAJ. und durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49.

Genossen! Haltet Eure Zeitung hoch! Kampfmittel für den Pressefond!

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Otto Schernitzl, Berlin.
Druck: Willy Isadonat, Berlin O 17, Lamo Straße 19.

6. Jahrg. Nr. 17

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

März 1925

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Herrlichen Zeiten entgegen

In der deutschen Wirtschaft kracht es an allen Ecken und Enden. Die Zahl der Konkurse und Geschäftsaufsichten ist in ständigem Steigen. Der deutschen Bourgeoisie wird die Situation unheimlich. Die ungeheure Passivität der Handelsbilanz im Jahre 1924, die nicht weniger als 2,7 Milliarden Goldmark betrug, und das gleichzeitige Anwachsen der Auslandskredite lassen die Gefahr einer neuen Inflation als dringend erscheinen. Der wachsende inländische Konsum und der Rückgang des Exports sind die besten Zeichen einer künstlichen Konjunktur. Der Reichsbankpräsident Schacht warnt vor den „unproduktiven" Anleihen der Kommunen, die ja nur der Verbesserung des Verkehrs, der besseren Versorgung mit Wasser, Licht usw. dienen. Solche zur Hebung der Lebensweise des Proletariats dienenden Einrichtungen sind heute für das „deutsche Kapital" verbotener Luxus geworden. Herr Schacht predigt daher die Sparsamkeit im Konsum, die Rückkehr zum Sparen, trotzdem er selbst zugeben muß, daß das Volkseinkommen gegenüber der Vorkriegszeit um ca. 40 v. H. vermindert sei. Er verlangt, daß „die Zirkulation von Banknoten mit der Devisenerzeugung der Wirtschaft gedeckt werden müsse. Er ist wie das gesamte Finanzkapital gegen neue Auslandskredite. Die Reichsbank hat die von ihr zu Kreditzwecken den Banken zur Verfügung gestellten Beträge garnicht voll auszugeben brauchen, weil die dafür allein in Frage kommenden erstklassigen Unternehmen mit ausländischen Krediten gesättigt waren. Das deutsche Finanzkapital wurde dadurch offensichtlich ausgeschaltet. Es erfolgte eine immer stärkere Einstellung der gesamten Wirtschaft auf die ausländische Währung und damit auch eine wachsende Ueberfremdung, die zur Aufsaugung der deutschen Wirtschaft durch das ausländische Kapital führt. Eine derartige Entwicklung führt die deutsche Industrie wieder zwangsweise zum Weltmarkt und ermöglicht ihr den bisher vergebens erstrebten Absatz. Sie kehrt sozusagen nicht mehr selbständig als nationales Kapital, sondern in Abhängigkeit und unter Kontrolle des anglo-amerikanischen Kapitals auf den Weltmarkt zurück. Es ist dies nicht eine Einzelerscheinung, die sich allein auf das deutsche Kapital erstreckt, sondern gilt für das gesamte westeuropäische Industriebecken. Sie vollzieht sich in der Form einer stärkeren Konzentration der gesamten Schwerindustrie der Welt. Der Krieg hat zu einer Aufhebung der freien Konkurrenz innerhalb der nationalen Grenzen geführt und die nationale Wirtschaft als volkswirtschaftliche Einheit innerhalb der Weltwirtschaft geschaffen. Die nationale Wirtschaft wurde nach außen ein einziges Unternehmen weniger Konzerne. Der Zusammenhalt erfolgte durch das Finanzkapital. Jetzt hat auch diese Phase schon den Höhepunkt erreicht und verwandelt sich dialektisch in den eisernen Ring der Schlüsselindustrien und der Rohstoffmonopolinhaber. Ein Ausgleich der Konkurrenz der nationalen Industrien auf dem Weltmarkt wird durch internationale Vereinbarungen und durch eine geschickte Finanzpolitik zwangsweise herbeigeführt. In letzterer Beziehung sei nur an die Bestrebungen zur Stabilisierung des französischen Franken erinnert, die in der vorletzten Nummer der „KAZ." dargelegt sind. Auf direktem und indirektem Wege kommt es zu einer immer stärkeren industriellen Konzentration im Weltmaßstabe. Dieser Prozeß bedeutet aber keineswegs eine Pazifizierung. Es werden im Gegenteil hier nur Gruppierungen vollzogen. Der Kampf innerhalb der Gruppen um die Macht wird sich auf Grund der Entwicklung der Beteiligten in einer umgekehrten, alle mitreißenden Explosion vollziehen. Die „Ueberfremdung" bedeutet eine Beschneidung des Profits, von der sich das betroffene Kapital so schnell als möglich loszulösen versuchen wird. Gelingt es der überfremdeten Industrie durch die Ueberfremdung eine Akkumulation zu erzielen, so beginnt der Kampf um die prozentuale Beteiligung. Wenn dagegen der Versuch mißglückt, so kommt es zu einem völligen Zusammenbruch der gesamten nationalen Wirtschaft, zu einer neuen Kreditinflation auf Dollarbasis. Diese ist natürlich viel gefährlicher, als die auf der Grundlage der Papiermark, welche wir hinter uns haben.

Felix Pinner, der Handelsredakteur des Berliner Tageblattes, warnt ausdrücklich vor einer Ueberspannung der Auslandskredite. Er, als Vertreter des Handels- und Finanzkapitals, hat allen Grund dazu. Wie schwer er die Situation ansieht, geht daraus hervor, daß er die Lage schwarz in schwarz auszumalen beginnt bei der Frage, daß die Auslandskredite die inländische Währung beiseite schieben könnten. Er schreibt wörtlich: „Natürlich wird diese Kreditgewährung des Auslandes einmal ihr Ende finden (und vielleicht wird es dann ein Ende mit Schrecken sein)."

Diese Warnung an das Ausland steht in vollem Gegensatz zu dem Betteln im Laufe des Jahres 1924. Die Internationalisierung wird dem „internationalen Finanzkapital" selbst unheimlich. Aus diesem Beispiel sieht man am besten, wie die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft nur dialektisch zu fassen ist, und wie die schönsten Theorien in kurzer Zeit veraltet sind.

Eine weitere Erscheinung innerhalb der deutschen Wirtschaft ist charakteristisch: Nachdem die nationale Schwerindustrie in das internationale Lager abgewandert ist, vollzieht sich derselbe Prozeß bei der anderen, „nationalen" Stütze, der Landwirtschaft. Seit der Stabilisierung hat die Landwirtschaft durch die Reichsbank nicht weniger als eine Milliarde Goldmark als Kredit erhalten. Dieser Betrag genügt aber den Großagrariern zur Durchführung ihrer Pläne absolut nicht. Die neue Rentenbankkreditanstalt, der aus der Abwicklung der Rentenmark nur 200 Millionen Goldmark zufallen, beabsichtigt, ihr Grundkapital auf 500 Millionen Mark zu erhöhen. Gleichzeitig soll sie nach dem Gesetzentwurf die Ermächtigung erhalten, das Achtfache des Grundkapitals, also vier Milliarden Goldmark an Krediten auszugeben.. Die dazu notwendigen Anleihen sollen wegen der besseren Bedingungen in Amerika aufgenommen werden. Das deutsche Agrarkapital wird durch die Rentenbank zu einer Einheit zusammengefaßt. Sie soll eine Art „Dachgesellschaft" sein, die das bisherige landwirtschaftliche Kreditwesen aufsaugt. Es wird zwangsweise ein Trust der gesamten alten Kreditorganisationen geschaffen. In der Verwaltung der Rentenbankkreditanstalt sollen alle landwirtschaftlichen Organisationen vertreten sein. Die Uebermacht der Großagrarier ist durch die „selbständige" Geschäftsführung in solchem Maße gewahrt, daß die „Frankfurter Zeitung" erstaunt ist, in welchem bescheidenen Rahmen angesichts der öffentlichen Herkunft der Gelder die Aufsichtsbehörde des Reiches gehalten wurden.

Der „Vorwärts" erklärt ganz entrüstet: „Die Vollmachten, die dem Institut zugedacht sind, sichern ihm

Der Totentanz des Proletariats

Ebert ist tot! Die gesammelte Bourgeoisie steht vor der Wahl eines neuen Renegaten. Das Proletariat nach wie vor der Steigerung seiner Ausbeutung preisgegeben. Der Pakt des europäischen Ausbeutekapitals beginnt sich enger zusammenzuschweißen. Die Proletarier morden sich durch Teilstreiks unter Führung der Gewerkschaften.

Der politische Himmel, der sich über die Bahren der vielseitig betrauerten „Ebert u. Branting" für das Proletariat gewölbt hat, das Lebenswerk dieser Renegaten der Arbeiterbewegung, türmt immer neue Wolken zur Vernichtung des Proletariats auf.

Die Vernichtungskrise, in die diese Helden des Kapitals mit allen Mitteln ihrer Macht eingriffen, um die Ausbeutung der Proletarier zu verewigen, das Leben des Kapitals zu verlängern, läuft von Etappe zu Etappe, von Versuch zu Versuch weiter.

Alle Versuche, die Wirtschaftskrise zu beheben, enden mit einem Fiasko und führen zu neuen Versuchen. Der Versuch, durch die Kreditpolitik die wirtschaftliche Grundlage einzelner Staaten zu erhöhen, schlägt wieder in eine Reaktion um. Die steigende Passivität der deutschen Handelsbilanz, ein Passivum von 674 Millionen gegen 570 Millionen Mk. im Dezember, zeigt uns das deutlichste Bild. Unter dem Druck des Dawes-Pakts steigt die Notwendigkeit für das deutsche Kapital, seine Proletarier immer mehr auszusaugen, um ein Aktivum, die notwendige Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu ermöglichen. Um der Kolonisierung durch die Beherrschung und Ueberschwemmung der deutschen Produktion und des Marktes mit amerikanischem Kapital und Waren eine Macht entgegensetzen zu können.

Geringerer Lohn und längere Arbeitszeit nebst gesteigerter Intensivität sind die Lebensbedingungen des deutschen Kapitals, oder ungeheure Arbeitslosigkeit. Das internationale Arbeitsamt in Genf macht den Versuch, der kommenden Steigerung der Arbeitslosigkeit ein neues Experiment entgegenzusetzen. Nämlich sogenannte „Wirtschaftsbarometer" zu schaffen, die den Gang der Absatzkrise im voraus anzeigen, um die Rolle der Kreditunternehmungen zu regeln. Es wurde eine Resolution angenommen, die folgendes besagt:

„Die Konferenz ersucht den Direktor des Internationalen Arbeitsamtes den zwischen der Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes und dem Internationalen Arbeitsamt gebildeten Ausschuß mit der Untersuchung der verschiedenen Faktoren zu befassen, wie die Funktion des Kreditwesens, die allgemeine Unsicherheit der Preise und die Währungsschwankungen, welche geeignet sind, die gleichmäßige und regelmäßige Entwicklung des Verkehrs und der Erzeugung zu verhindern, und welche auf diese Weise die Gleichmäßigkeit der Beschäftigung beeinträchtigen."

Wer das Getriebe des Konkurrenzkapitals beobachtet, weiß genau, daß dasselbe seine Produktion nicht im Interesse der Arbeitslosen oder der Ausgebeuteten regelt, sondern im Interesse des Profits nach den gegebenen Verhältnissen des Weltmarktes. Auf das Proletariat kann es keine Rücksicht nehmen.

Ein Zeichen der Krise wird wieder einmal die Leipziger Frühjahrsmesse hervorbringen, die jetzt ihren Anfang nimmt. Den Berichten zufolge ist die Beteiligung kaufkräftiger Interessenten keine sehr große, so daß auch dieser „Rekord"-Markt sehr großen Warenumsatz nicht zeitigen wird.

Die Vernichtung eines Wirtschaftsstaates ist für den allgemeinen Kapitalismus eben so unmöglich wie der notwendige profitbringende Warenumsatz. Jeder versucht den andern in der Konkurrenz zu schlagen, muß sich aber durch Schutzzölle gegen den andern absperren, um die fremde Konkurrenz zu unterbinden, und die eigenen Getriebe zu schützen. Jeder schaltet den andern und sich selbst aus. Das Getriebe läuft nur noch unter dem Druck der Reparation des Dawes-Pakts. Und dieser zeigt wieder den neuen Kreislauf der Widersprüche auf. Das Kapital zehrt von seinen eigenen Widersprüchen, von der letzten Substanz seiner Proletarier. Die Zeichen eines neuen Machtentscheids, eines Krieges tauchen auf.

Die naturnotwendige Konzentration des europäischen Kapitals und seines Imperialismus gegenüber dem amerikanischen und allen andern scheint sich zu vollziehen. Englische Blätter weisen darauffhin, daß es notwendig sei, die bisherigen politischen Grenzen fallen zu lassen, und unter Beteiligung Deutschlands einen west-mittel-europäischen Block zu bilden. Diese Zusammenfassung ist eine Naturnotwendigkeit, um gegen die wachsende Wirtschaftsmacht des amerikanischen Kapitals, des Gläubigers aller, eine Konkurrenzmacht zu errichten.

Die Stellung der deutschen Proletarier wird in diesem Pakt die des niedrigsten Lohnsklaven sein. Das deutsche Kapital wird gemeinsam mit dem englisch-französischen die Schulden aus den Knochen der deutschen Proletarier pressen. Das Kapital ist auf dem besten Wege, das deutsche Proletariat zu seinem Kanonenfutter zu machen.

Der Taumel in die Bahnen des Reformstreiks lenkt die Proletarier von der Wirklichkeit ab. Ihre Kämpfe um mehr Lohn und um den Achtstundentag werden im Rücken von den Gewerkschaften verraten. Die Eisenbahnerbewegung in Berlin brachte eine Koalition von den Christlichen bis zur KP. zusammen. Im Rücken der Bewegung um mehr Lohn und Achtstundentag war eine Abmachung der Gewerkschaften mit dem Unternehmer auf 9 stündige Arbeitszeit geschlossen. Ueber die durch diese Mache geschaffene Uneinigkeit der Arbeiter lachen die Gewerkschaftsführer. Sie sind sich ihres

eine entscheidende Stellung auf dem deutschen Geldmarkt, sie stellen alle bisher bestehenden, insbesondere die genossenschaftlichen Kreditinstitute und die Hypothekenbanken unter die Vormundschaft der neuen Kreditanstalt". Er spricht von einem „deutlichen Vorwiegen der großagrarischen Interessen" und zeigt sich außerordentlich besorgt. Diese Besorgnis ist auch außerordentlich gerechtfertigt, wenn man bedenkt, daß sogenannte Einheitsanleihen aufgenommen werden sollen, d. h., daß die Rentenbankkreditanstalt die Verteilung des Erlöses an die einzelnen Kreditinstitute in der Hand hat. Der gesamte Grundbesitz wird auf diese Weise durch die neue Bank kontrolliert. Die mittleren und kleinen Bauern sind den Großagrariern vollkommen ausgeliefert. Die Organisation der Preußenkasse, der nicht weniger als 20 000 Spar- und Darlehnskassenvereine angeschlossen sind, würde einbezogen werden. Diese Kasse war bisher das stärkste Gegengewicht gegen den Reichslandbund, der sich vollkommen in großagrarischer Hand befindet. Um aber auch alle Schwierigkeiten parlamentarischer Art von vornherein zu beseitigen, wird der kleinbürgerlichen Einflüssen zugänglichere Reichstag als Kontrollorgan zugunsten des sicheren Reichsrates ausgeschaltet.

Die „Rote Fahne" wird bei diesem Projekt wieder einmal ganz national. Es handelt sich auch um die Bauernpolitik. Sie schreibt:

„Der deutsche arbeitende Bauer, der die 10 v. H. Zinsen und mehr für die amerikanischen Wucherer und ihre deutschen Junkerkumpane aus seinem Stückchen Ackerland herauswirtschaften soll, der Landarbeiter, der dem Junker noch mehr fronden muß, weil doch .... usw., werden dadurch genau so zu Kolonialkulis des internationalen Großkapitals, wie es die deutschen Industriearbeiter schon geworden sind.

Mittels der Rentenbank-Kreditanstalt dehnt die deutschnationale Erfüllungsregierung die Kolonisierung Deutschlands durch den Dawes-Pakt auf die Agrarproduktion aus. Sie gibt offen die nationalen Interessen, die sie mit dem Maule vertritt, dem internationalen Großkapital preis, als dessen Agenten die Junker figurieren."

Diese Internationalisierung des Agrarkapitals ist ein Schutz gegen alle Bestrebungen, die Inlandspreise für landwirtschaftliche Produkte unter dem Weltmarktpreis zu halten. Sie ist der offene Anschluß an den internationalen Getreidehandel und dient der konzentrierten Ausbeutung der Proletariats. Im Zeichen der Getreidehausse vollzieht sich naturgemäß dieser Zusammenschluß. Das deutsche Proletariat wird damit auch von der letzten Illusion über die vollendete Demokratie befreit. Die Rettung der nationalen Arbeit bleibt der KPD. überlassen, nachdem die allgemeine Internationalisierung trotz der 3. Internationale erfolgt ist. Der Ring des internationalen Kapitals zieht sich immer fester um das Proletariat. Die letzte kleinbürgerliche, parlamentarische Form der Volksgemeinschaft ist völlig zerschlagen. Die Mächte der „Reaktion" Schwerindustrie und Landwirtschaft, haben die Macht in der Demokratie. Die kurze Epoche der Herrschaft des Finanzkapitals und seiner Verbündeten, der Sozialdemokratie, ist vorüber. Die Schwerindustrie und die Landwirtschaft haben das Finanzkapital expropiiert und sind zum unumschränkten Herrscher über die Produktionsmittel geworden.

In dem Kampf zwischen den einzelnen kapitalistischen Gruppen hat das revolutionäre Proletariat sich nicht für die eine oder andere Gruppe zu entscheiden, sondern in klarer Front gegen sie, um die Fahne des Klassenkampfes geschwirrt, zu marschieren.

Genossen! Haltet Eure Zeitung hoch! Sammelt für den Pressefond!

Politische Rundschau

Fritz Ebert gestorben

Am Sonnabend, den 28. Februar 1925, mittags 10,30 Uhr, ist der Sozialdemokrat Fritz Ebert als deutscher Reichspräsident an den Folgen einer Blinddarmoperation gestorben. Ebert wurde am 4. Februar 1871 in Heidelberg geboren. Seine Eltern betrieben eine Schneiderwerkstatt. Er wurde katholisch erzogen und ist auch als Katholik gestorben, d. h. der „internationale Sozialist" Fritz Ebert konnte von der Gottespest nicht lassen. Nach seiner Schulentlassung lernte er Sattler. Als Geselle ging er auf die Wanderschaft und kam nach Bremen. Nach längerem Wirken für die Sozialdemokratie, das war damals noch gleichbedeutend mit dem Wirken für das Proletariat, wurde er Redakteur der „Bremer Bürgerzeitung". Später wurde er Arbeitssekretär. Von 1900 bis 1906 war er Mitglied der Bremer Bürgerschaft. 1905, auf dem Parteitag zu Jena, wurde Ebert in den Parteivorstand gewählt und wurde hier zum Vorsitzenden der Zentralstelle der Arbeitenden Jugend Deutschlands ernannt, um eine Radikalisierung der Jugend zu verhindern. Nach dem Tode Bebels wurde Ebert mit Haase zusammen Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei. Als Vertreter des Wahlkreises Elberfeld-Barmen trat er 1912 als Abgeordneter in den Reichstag ein. Im Jahre 1916 wurde er Führer der Reichstagsfraktion. Der Reichstag wählte ihn dann später zum Vorsitzenden des Hauptausschusses. Das Kabinett des Prinzen Max von Baden übergab vor seiner Abdankung die Regierung an Ebert. Nach dem 9. November krönte er sein Werk des organisierten Klassenverrats mit Scheidemann und Noske zusammen als Volksbeauftragter und späterer Präsident dieser deutschen, demokratischen Republik.

In dem verstorbenen Sozialdemokraten verkörpert sich so recht die Doppelzüngigkeit und Zwiespältigkeit des Kleinbürgertums. Obwohl aus dem Proletariat hervorgegangen, gehörte er durch die Herauslösung aus dem Proletariat vermittels der gutbezahlten Stellung als Sekretär usw. zum Kleinbürgertum, zu jener hablichen Mittelschicht, die im Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit nur einen Gedanken hegt, durch den Klassenkampf hochzukommen und wenn oben, oben zu bleiben. Seine Verkettung mit der katholischen Kirche, sein plärren des Deutschlandliedes, seine Hingabe für die Vaterlandsverteidigung, wenn auch nicht persönlich, seine Doppelzüngigkeit im Munitionsarbeiterstreik 1918 und seine vor fetter Moral triefende Haltung bei Anwendung des Artikels 48 sowie des Belagerungszustandes überhaupt gegen die proletarische Klasse, als auch seine lobende Anerkennung der „Heldentaten" eines Noske bei dessen Verabschiedung weisen ihn, den ehemaligen internationalen Sozialdemokraten samt seiner Partei, in das Lager des Kleinbürgertums, dem er nebst Partei, auch dem ganzen Wesen nach anzehört.

Das deutsche Proletariat sieht in der Sozialdemokratie und als ihrem exponiertesten Vertreter in Ebert so recht seine eigene geistige Schwäche sich wiederspiegeln; denn nur dadurch, weil es jahrelang, jahrzehntelang das Denken seinen Sekretären überlassen hatte und dieselben dafür sehr gut bezahlte, so daß sich dieselben langsam aber sicher aus dem Proletariat herausschälten, konnte es im November 1918 eben eine deutsche Revolution geben, die als Komödie begann und bald zur Tragödie für das Proletariat wurde. Ebert, der kaiserliche Hauptquartierbesucher, der schon 1916 bedauerte, daß die alte herrliche Disziplin des Friedensheeres stark nachgelassen habe, der Durchhalter bis zum endgültigen Sieg des deutschen Imperialismus, stand am 9. November mit einmal als roter Jakobiner neben Scheidemann und noch anderen vor dem siegestrunkenen Volk um mit zusammengekniffenen Augen festzustellen, daß es gesiegt habe über die Mächte der Reaktion und nun eine neue Welt durch Arbeit errichtet würde, die Welt des Sozialismus. Die Proletarier glaubten zum Teil diesen Schakalen und gerade an Ebert als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie bewahrheiten sich in aller Klarheit und Eindeutigkeit die goldenen Worte eines Karl Marx, die er im „Kapital" festgehalten hat und die wir dem Proletariat stets vor Augen halten, liegt doch in ihnen der Schlüssel des grandiosen Zusammenbruchs der Arbeiterbewegung sowie der Niederkartätschung der deutschen Revolution;

„Je mehr es der herrschenden Klasse gelingt, die proletarischen Intelligenzen an sich zu fesseln, ihnen Staatsstellungen und Pfründen zu geben, desto mehr wird es ihr gelingen, die Arbeiterklasse zu korrumpieren, und ihren Befreiungskampf aufzuhalten."

Die Bourgeoisie lobt den verstorbenen internationalen, nationalen, treudeutschen, schwarzweißroten und schwarzrotgoldenen, kaiserlichen und republikanischen Vaterlandsretter ohne jede größere Ausnahme. Nur ein paar blutblütige neidische Treudeutsche wollen in ihm einen Schädling des Vaterlandes sehen, was aber entrüstet von der gesamten Bourgeoisie und dem gesamten Kleinbürgertum zurückgewiesen wird. Mag die Bourgeoisie und das Kleinbürgertum um Ebert trauern, für das revolutionäre Proletariat hat der Tod des deutschen Reichspräsidenten soviel Bedeutung, wie der des Kerls in Amerongen.

Gedenkt der Klassenkämpfer hinter den Kerkermauern! Sammelt und zeichnet auf die Listen der VRUK

Vereinigten Revolutionären Unterstützungs-Kommission

Ebert und die Frechheit des A.D.G.B.

15 Minuten Arbeitsruhe für den Kapitalsknecht.

Fritz Ebert wurde im November 1923 vom Zentralvorstand des Sattler-, Tapezierer- und Portefeuiller-Verbandes, der sich aus 3 „Kommunisten" und etlichen „linken" Sozialdemokraten damals zusammensetzte, ausgeschlossen. Sein Ausschluß wurde schon des öfteren von den Mitgliedschaften verlangt, doch vom sozialdemokratischen Zentralvorstand stets abgelehnt. Eine Krähe hackt ja bekanntlich der anderen kein Auge aus. Dieser Ausschluß Eberts aus dem freigeiben Berufsverband wird dem größten Teil des Proletariats ebensowenig bekannt sein, wie seine Mitgliedschaft zur katholischen Kirche. Hänisch behauptet allerdings in einer kleinen Schrift, die der Verherrlichung des Reichspräsidenten dienen soll, daß er Dissident sei. Vielleicht klärt Pfarrer Bleier, als Mitglied der Sozialdemokratie dieses Fal restlos auf, als die Proletarier in den Betrieben doch noch etwas darüber diskutieren. Die Zugehörigkeit zur Kirche galt schon immer im Teil der vorwärtswollenden Arbeiterschaft als eine reaktionäre Gesinnung und daß jetzt schon Pfaffen Mitglieder der SPD. sind, beweist, wie rückständig, wie reaktionär, wie kleinbürgerlich diese Partei geworden ist.

Doch nun zu den Gewerkschaften. Ihr Mitglied ist Ebert nach den Statuten nicht mehr. Trotzdem wendet sich der sonst sehr auf den Statuten reitende Generalstab der ADGB., diese verstaubten Statutengehirne an die Mitglieder der Gewerkschaften mit der Aufforderung, am Donnerstag, den 5. März im ganzen Lande der Republik von 11 bis 11,15 Uhr, vormittags, die Arbeit ruhen zu lassen, zur Ehre und zum Gedenken des toten Führer, des „besten Vertreters und rastlosen Förderers" der organisierten Arbeiterschaft.

Wir erklären, daß Proletarier, die diese Selbstverhöhnung am Donnerstag mitmachen, wert sind, daß diese Sozialdemokratie mit ihrem Gesetzmeß weiter Riemen aus ihrer Haut schneidet, wie sie es seit 1914 in ununterbrochener Reihenfolge getan hat.

Die chauvinistischen „Pazifisten"

Der 1. Mai 1925 als Anti-Kriegstag.

Der Ausschuß des IGB. hat beschlossen, im Jahre 1925 von einem besonderen Anti-Kriegstag abzusehen und dafür bei der Maifeier den Friedenswillen der Arbeiterschaft ganz besonders in den Vordergrund zu stellen. Der 1. Man war immer der Betonung internationaler Zusammengehörigkeit geweiht; im vergangenen Jahre, zehn Jahre nach Ausbruch des Weltkrieges, war es nötig, einen schärferen Ausdruck des Hasses gegen den Krieg und des Willens zu einem friedlichen Zusammenleben zu finden. Wichtiger erschien der besondere Anti-Kriegstag am 21. September beschlossen und in der ganzen Welt durchgeführt. Ob späterhin wieder ein besonderer Anti-Kriegstag veranstaltet werden soll, kann weiteren Entscheidungen vorbehalten werden, in diesem Jahre soll der 1. Mai unser Anti-Kriegstag sein.

Diese Notiz entnehmen wir dem „Vorwärts" vom 1. März. Ganz abgesehen von dem elenden Heuchlerpack, die sich als Pazifisten aufspielen wollen, und doch jede Gemeinheit und jede Gewalttat der Bourgeoisie gegen das Proletariat national wie international unterstützen, oft selbst anordnen, läßt doch dieser Hinweis des IGB. erkennen, daß man merkt, wieweit man gehen kann. Bekanntlich ist die pazifistische Aera der Bourgeoisie vorüber. Sie war sehr kurz. Vom Volkerbund reden nur noch kranke Bürger, aber keine Politiker. Da die Bourgeoisie international dem Hausknecht wieder sein altes Gemach zuweist, nachdem er etliche Tage den Gnädigen spielen durfte als Fatzke, steht letzterer ein, daß die alte Livree noch paßt und auf bessere Zeiten hoffend, wie es alle Lakaien tun, besinnt er sich auf seine Lage von einst.

Um die vor Waffen starrenden Herren und Gebieter nicht allzusehr bloßzustellen mit einem extra Antikriegstag, verbindet man diesen Clou gleich mit dem 1. Mai, mit seinem allgemeinen Zauber. Dazu kommt noch die alte Tradition des revolutionären Proletariats, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zur internationalen Kampfansage gegen die kapitalistische Ausbeutung zu gestalten, so daß die alte Kampfloskaien grosse Massen für ihren Antikriegsrummel glauben einfangen zu können. Das Proletariat ist nicht pazifistisch, kann und darf es nicht sein; denn stets war die Gewalt in der Geschichte die Geburtshelferin neuen Lebens. Die Eunuchen von Amsterdam sind auch nur pazifistisch dem Kapital gegenüber, während sie als Knechte des Kapitals gegen das Proletariat sehr gut die Gewalt verstehen anzuwenden. Der größte Feind, weil noch zum Teil unerkannt, sitzt immer noch in den Reihen der Arbeiterklasse, oder wird durch sie gestützt.

Präsidentenwahl

Die Wahlmaschine soll auch garnicht rosten in der demokratischen Republik. Kaum sind die Reichstagswahlen gewesen, kaum, daß eine Regierung sich fand aus dem Wahlresultat, da stirbt das Oberhaupt dieser Republik und was im Sommer geschehen sollte, muß jetzt schon in etlichen Wochen geschehen. Das deutsche stimmlustige Publikum wird um wieder etliche Marken vorgesetzt bekommen, zwischen denen sie zu wählen hat. Marke Marx, Marke Luther sind bisher die bekanntesten und am meisten genannten. Aber neben bürgerlicher Observanz wird noch eine pseudoproletarische Marke feilgehalten werden, deren Name allerdingt noch nicht genannt wird. Eine Frechheit ist es, wenn die „Rote Fahne" wieder einmal feststellt, daß diese Abstimmung für eine Präsentiergruppe der Republik eine große Bedeutung habe, daß es sogar für die Freilassung der politischen Gefangenen von Wichtigkeit sei, wenn recht viele „rote" Stimmen abgegeben werden.

Es ist die alte Leier. Wählt „rote" Betriebsräte! Wählt „rote Stadt-, Landtags- und Reichstagsabgeordnete! Wählt einen „roten" Reichspräsidenten! Wählt, wählt, wählt, auf das es euch wohlergehe. In Wirklichkeit bedeutete die Wahl für die Führerbourgeoisie der KPD. stets nur eine Heerschau, wieviel Massen ihnen noch blind folgen, um dementsprechend ihre Arbeit einrichten zu können.

Der internationale Klassenkampf hat mit den Preiswahlausschreibungen der Bourgeoisie, die das öfteren stattfinden, auch nicht das geringste zu tun. Die Bourgeoisie grinst stets aufs neue, wenn so und soviel Arbeiter wieder zur Wahlurne geschritten sind und somit bekundet haben, daß sie noch treu und fest zu ihren eigenen Henkern, der Führerbourgeoisie stehen.

Proletarier, denen der Kommunismus mehr als ein Lippenbekenntnis ist, müssen jetzt endlich soviel aus der Geschichte gelernt haben, daß andere Mittel notwendig sind, um die Bourgeoisie ideologisch und auch materiell zu überwinden, resp. zu vernichten, als der Stimmzettel und seine Propaganda. Wohl sind alle Gelegenheiten, die das Proletariat aufsuchenden dazu zu benutzen, um dem Proletariat die Erkenntnis von seiner geschichtlich bedingten Aufgabe zu übermitteln. Dazu ist es notwendig, in den Betrieben und auf dem Stempelmarkt, überall, wo sich das Proletariat zusammenballt, den bisherigen Verlauf der Revolution im Zusammenhang mit den Taten aller parlamentarischen Führer zu analysieren und zu erklären, warum die Parlamentarier aller Richtungen so handeln mußten. Die Vorbereitungen zum Sturz dieser fluchwürdigen Gesellschaftsunordnung schafft man nicht durch die Zählung von allen möglichen „roten" Stimmen, sondern dadurch, daß man die Klassenkampforganisation als positiven organisatorischen Ausdruck der Erfahrungen der Revolution, die revolutionären Betriebsorganisationen in den Betrieben schaffte, die das wachsende Selbstbewußtsein der proletarischen Massen klar zum Ausdruck bringen, während die Stimmzettelaktionen Scheinmanöver sind, und nur momentane Verärgerung oder echt deutsche Spießerbequemlichkeit widerspiegeln.

Wer wählt, verschafft Institutionen erneuten Glanz und Bedeutung, die sie tatsächlich nicht mehr besitzen.

Wer wählt, betrügt sich selbst.

Proletarier, was geht euch der Präsident der demokratischen Republik an. Nichts, garnichts! Weder der rote noch der neu zu wählende, noch die Kandidaten. Ihr selbst seid Todeskandidaten dieser Profitordnung, die in Wirklichkeit eine Unordnung ist, wenn ihr euch wieder und immer wieder von allen parlamentarischen Gaunern zur Wahlurne zugezerren läßt. Die Diktatur des Proletariats als Uebergangsepoche zur Bedarfswirtschaft, erfordert zielklare, selbstbewußte Klassenkämpfer und keine guten Schlepper zur Wahlurne. Der Kommunismus läßt sich nicht beschwählen durch „rote" Stimmen, sondern muß rücksichtslos erkämpft werden.

Die Volksgemeinschaft marschiert

Der „Wächter und Anzeiger" von Cleveland (Ohio, Nordamerika) bringt folgende durch die stets sehr gut orientierte Telegraphenagentur Associated Press verbreitete Nachricht:

Friedlich speisen Konservative mit Familie Ebert.

Kriegsbeil begraben.

Berlin, 31. Januar. Die Spannung, die zwischen Präsident Ebert und den Deutsch-Nationalen geherrscht und dadurch veranlaßt war, daß sich Herr Graef, Erster Vize-Präsident des Reichstages, am 6. Januar geweigert hatte, dem Präsidenten den üblichen Besuch abzustatten, fand heute ihr Ende. Bei einem Diner, das Herr und Frau Ebert dem neuen Kabinett Dr. Hans Luthers gaben, wurde das Kriegsbeil begraben.

Wirtschaftsminister Neuhaus, der 1919 aus dem preußischen Ministerium ausschied, weil er keinen Eid auf die republikanische Verfassung ablegen wollte, führte Frau Ebert zu Tisch, und der Minister des Innern, Schiele, Führer der Deutschnationalen im Reichstag saß der Wirtin gegenüber. Reichs Minister bekundeten dadurch ihre Bereitwilligkeit, die Höflichkeit der Familie des Präsidenten gegenüber nicht außer Acht zu lassen."

Die Gliederverrenkungen in Magdeburg waren für den beitragzahlenden Mob.

Zum Streik in der Mickrel Bolle

Nichts kann treffender die Brutalität der Ausbeutung durch das Kapital und die Rolle der Unternehmer zeichnen wie diese Auseinandersetzung.

1200 Arbeiter, die ganze Belegschaft, steht im Streik gegen eine zum Teil 70stündige Arbeitszeit. 700 davon sind Jugendliche. Ihr Lohn ist als Bringerburschen teilweise nicht einmal ein feststehender, sondern hängt von dem durch die Kunden zu zahlenden Bringergeld von 30 Pfg. ab.

Die Unternehmer behandeln diese jungen Arbeiter schlimmer wie Sklaven. Nach dem Schema des vergangenen Militarismus. Dagegen mußte unbedingt ein Kampf entbrennen.

Wie weit die Gewerkschaft den Kampf der Proletarier unterstützt, beweist dieser Streik. Die Jugendlichen, die als die am meisten Ausgebeuteten anzusehen sind, außerdem die größte Zahl ausmachen, ließ die Gewerkschaft links liegen und lehnte es ab, sie zu unterstützen.

Diese, die sich aber mit den andern, gewerkschaftlich Organisierten solidarisch erklärten und den Betrieb verließen, waren teilweise nicht Mitglieder der Gewerkschaft, darum fiel man ihnen in den Rücken.

Man sieht hieran, wie man Streiks abkürzt. Die Jugendlichen mußten erst mit eigener Geschlossenheit durchsetzen, daß sie als Gleichberechtigte angesehen wurden.

Proletarier erkennt die Gewerkschaften, die angeben Euch im Streik zu führen und Euch dann in den Rücken fallen. Zerschlagt sie und schafft Euch neue Klassenkampf-Organisationen.

Ebert und Deutschland über alles

Die Pflicht zur Vaterlandsverteidigung.

„Ich möchte feststellen, daß wir die Auffassung, als wenn wir grundsätzlich nicht die Pflicht zur Vaterlandsverteidigung hätten, in der Fraktion gar nicht gehabt haben. (Widerspruch.) Es hat wohl Genossen gegeben, die unter gewissen Umständen diese Pflicht verneinten, aber grundsätzlich verneint ist sie nicht worden. (Zuruf: Henke, Herzfeld, Liebknecht.)

Wir wollen uns darüber nicht streiten, was dieser oder jener gesagt hat, darauf kommt es nicht an. Wir haben uns jedenfalls gegen die Verneinung der Pflicht zur Vaterlandsverteidigung zu wenden, wo sie auftaucht."

(Aus Eberts Rede auf dem Würzburger Parteitag 1917. Protokoll, Seite 340.)

Eberts Dank an Noske März 1920

„Mein lieber Freund! Mit lebhaftem Bedauern habe ich Kenntnis genommen von Deinem Abschiedsgesuch und Deinem unerschütterlichen Entschluß, aus dem Amt als Reichswehrminister zu scheiden. Mit herzlichem Bedauern sehe ich Dich aus Deiner Tätigkeit scheiden, die Du fast anderthalb Jahre lang unter den schwierigsten Verhältnissen ausgeübt hast, und bewegten Herzens danke ich Dir für die großen Dienste, die Du in dieser schwersten Zeit unserem Vaterlande geleistet hast . . . In zielbewußter, harter Arbeit hast Du den Boden vorbereitet, auf dem das große Werk der neuen demokratischen Staatsordnung begonnen werden konnte. Daß dies in verhältnismäßig kurzer Zeit gelang, . . das ist in erster Linie Dein großes Verdienst." („Freiheit" vom 31. März 1920.)

Die „Pflicht zur Vaterlandsverteidigung" mußte Ebert zur blutigen Niedermetzelung des klassenbewußten Proletariats führen, und die Pflicht des vaterlandslosen internationalen Proletariats ist es, von solchem systemfestigen vorgewenden Klassenverräter abzurücken und übers Grab hinaus zu erklären: Ebert war ein Knecht der Bourgeoisie, und ein Feind des Proletariats.

Der Sozialreformismus

Von den mißlungenen Experimenten des Sozialreformismus.

Je mehr sich der Kapitalismus konzentriert und seine Entwicklungsphase entfaltet, je mehr er sein imperialistisches Gesicht dem Proletariat zuwendet, um so mehr deckt er die verdunkelte Reaktion des Sozialreformis auf. Alle Halbbleiten, alle Schwächen der proletarischen Bewegung werden dann am deutlichsten sichtbar, wenn der Gegner, das Kapital, — gezwungen oder aus eigenem Entwicklungsantrieb, — zur Offensive übergeht. Alle Mißhaufen der Korruption, des Opportunismus, reißt er auseinander, um über aller Zerrissenheit seine Macht besser entfalten zu können. Die ganze Staatskorruption der goldenen Ebertrepublik, der Sumpf eines demokratischen Sozialreformismus, in dem tagtäglich neue Skandalszenen auftauchten, der dazu nötig war, den Kapitalismus vom Untergang zu retten, wird vom Kapital selbst nun der kapitalistischen Justiz überliefert. Das Kapital benötigt freie Bahn zu seiner Ausbeutung, es zeigt, daß es bestimmt, wer im Staat den großen Mann spielt. „Wehe dem, der sich als Unbeufener Kapital und kapitalistische Macht aneignen will!"

Ein Teil des Reformismus nach dem andern, des Weges, den die Sozialdemokratie der großen Massen des Proletariats als den unblutigen, geiahrlosen, zum Seelenheil aufdrängt, zeigt sein wahres Gesicht. Hier bricht der demokratische Parlamentarismus — ein Mittel, — wie die SPD. sagt, — durch die Mitbestimmung im Staat die Macht des Kapitals zu brechen, sein politisches Dasein zu unterbinden, — als ein Sumpf kapitalistischer Korruption und Bestechung seine Blüten. Der Weg durch den demokratischen Parlamentarismus zum Sozialismus zeigt sich nicht nur als unmöglich, sondern er offenbart sich als verdunkelten Weg der Reaktion. Wie hier in der Staatspolitik die Demokratie, so beweisen alle anderen Experimente des Reformismus im kapitalistischen Wirtschaftsgetriebe dasselbe.

Die kapitalistische Profitwirtschaft, diese Produktionsweise mit ihren Ausbeutungsmethoden zum Zweck der großkapitalistischen Profitinteressen, der Staat, das organisatorische Gefäge des Kapitals, die Konzentration des Kapitals auf dem Weltmarkt, läßt sich eben nicht durch eine Reform irgend eines untergeordneten Teiles in diesem Getriebe aus der Welt schaffen. Es läßt sich höchstenfalls die gegebene Entwicklungsmöglichkeit dieses Systems zur Durchführung bringen, verwirklichen, das System demnach nicht schädigen, oder bestenfalls noch verbessern. Rosa Luxemburg führt dasselbe schon trefflich in ihrem Buch „Sozial-Reform oder Revolution" aus. Die Staatsdemokratie bot dem Kapital die beste Möglichkeit, große Schichten des Proletariats zu befriedigen und diese Staatsform, durch das neu geschaffene Interesse zur Arbeit, (nur die Arbeit kann uns retten!) für ihre eigenen Profitinteressen zu benutzen. Diese Republik war die beste Basis, dem durch den Krieg zum Teil vernichteten nationalen Privatkapitalismus, eine neue Entwicklungsmöglichkeit zum internationalen Trust und Konzernkapitalismus, zur Macht, zu schaffen, den zum Teil noch feudalistischen Staat in einen rein kapitalistischen Wirtschaftsfaktor umzuwandeln.

Die Gewerkschaften und deren neuestes Instrument, die Betriebsräte, deren soziale Reformaufgabe es sein soll, durch den scheinbaren Eingriff in die Produktionsweise, in die Wirtschaftsweise des Kapitalismus, denselben zu beseitigen, haben dasselbe gezeigt. Dem Kapital durch die Lohnpolitik Stück für Stück der Profitrate zu schmälern und durch Erhöhung des Arbeitslohns das Lebensniveau des Proletariers zu verbessern, und durch die Mitbestimmung am Produktionsgetriebe die Macht des Kapitals zu verringern, hat sich als größte Illusion erwiesen.

Die kapitalistische Produktionsweise, die Profitwirtschaft, vollzieht sich ganz ungeachtet dieser Reformprobleme nach den eigenen Gesetzen. Den Umfang der Produktion, wie die Art und Weise, das Verhältnis des Absatzes, des gesamten Konsums, das Verhältnis des Warenpreises, des Lohn und Profits zum Warenpreis, bestimmt das Kapital aus seinen eigenen Verhältnissen. Alles das liegt außerhalb des Einwirkungskreises der Gewerkschaften. Das großmöglichste Ergebnis ihrer Tätigkeit liegt darin, den Preis oder Lohn der Ware Arbeitskraft, im Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt für das Kapital zu regeln.

Und wie weit die Möglichkeit dieser Lohnkämpfe oder besser gesagt, Reformen, gehen, haben die Zeiten der großen Umwälzungsepochen im kapitalistischen System seit Kriegsausbruch 1914 offen gezeigt. In den Zeiten der größten kapitalistischen Zerset zung, im Augenblick der höchstmöglichkeiten das kapitalistische System zu vernichten, zeigte der Reformismus dem Kapital gegenüber seine größten Schwächen.

Zur Regelung der Reformmöglichkeiten, der Lohnrate in der kapitalistischen Profitwirtschaft schufen sich die Gewerkschaften teils aus ihrer Schwäche, teils durch ihr längst bestätigtes Korruptionsverhältnis zum Kapital die Arbeitsgemeinschaft und die Tarifverträge mit dem Kapital. Die Einweisführung ihrer Reform in der kapitalistischen Wirtschaft, die weitgehendste Möglichkeit des zulässigen Lohnverhältnisses in dieser Wirtschaft offenbart eine ständige Reduzierung der Lohnrate, eine Steigerung der Ausbeutung und ein Sieg gen der Warenpreise der Profitrate des Kapitals. Nicht Reform und Fortschritt für das Proletariat, sondern Reform und reaktionärer Fortschritt für das Kapital sind das Ergebnis dieser Politik. Das Kapital produziert und gestaltet sich nach eigenem Ermessen und was die Mitbestimmung der Betriebsräte in den Produktionsstätten betrifft, die Schmälerung der kapitalistischen Macht und Alleinbestimmung, — so ist der Erfolg: die Ueberwachungsrolle der kapitalistischen Produktionsweise ist zur schmutzigsten Rolle eines Kapitalsklaffen, eines Sklavenantreibers, eines modernen Meisters im Betrieb umgewandelt. Der Reformismus, der im Staatsgetriebe und der im Produktionsgetriebe des Kapitals praktisch Eingreifenden, hat sich im Verhältnis zum Kommunismus, zur Befreiung der Arbeiterklasse durch den Klassenkampf als vollkommen reaktionär erwiesen.

Demokratisches

Betrügereien in der Reichsbank Frankfurt a. M. führten zur Verurteilung des Reichsbankrates Leonhard zu 4 Jahren Gefängnis. Leonhard hatte mit einem Effektenmakler Max Kaufmann und einem Privatbankier Wilhelm Rohde die Reichsbank um große Summen geprellt. Kaufmann erhielt ebenfalls 4 Jahre. Rohde ist nach Aegypten geflüchtet.

Kutisker bankrott! Eine Versammlung der Gläubiger Kutiskers stellte fest, daß sie alle um ihre Forderungen betrogen sind. Irgendwelche Masse ist nicht vorhanden. Der Staat erhält für seine 2 Dutzend Millionen ein mit Hypotheken überlastetes Haus und ein altes Auto. Der Steuerfiskus verliert nicht nur seine Steuern, sondern auch 540 000 Mark Steuerstrafen.

Im Heeresautomobil-Schieber-Prozeß erhielten die Angeklagten 150 bis 5000 Mark Geldstrafe. Ein Angeklagter wurde zu 100 000 Mark verurteilt. Nicht die Schieber, Großkapitalisten, die den Staat um rund 100 Autos geprellt haben, standen vor Gericht, sondern kriegsbeschädigte Vermittler.

Gottesstellvertreter Grimmeisteln, Domherr in Olmütz, versoff sein Millionen betragendes Vermögen und pumpte jeden an, der seine Gottesähnlichkeit anerkannte. Nunmehr ist sein letztes Landgut und seine Pension von 20 000 Kronen geplündet worden. Die Domherren-Citra und der Bischofsstab sollen versteigert werden.

Unterschlebie auf dem städtischen Schlachtviehhof und große Fleischschiebereien führten zur Verhaftung von zehn Personen. Eine Anzahl Beteiligte, auch Hehler, wurden schon früher festgenommen.

Schiebungen mit Heeresautomobilen führten zur Anklage gegen 19 Personen, Beamte und Angestellte der ehemaligen Reichsverwertungsgesellschaft, Kriegsbeschädigte, Chauffeure etc. Die eigentlichen Schuldigen, bekannte große Berliner Auto-Firmen, die sich gegen Bestechungen mehr als 100 Autos und eine große Anzahl Motorräder verschafft hatten, waren nicht angeklagt. Der Hauptangeklagte ist der frühere Betriebsrat, der zum Leiter der Verkaufsabteilung aufgerückt war. Es wurden nur Gefängnisstrafen verhängt. Die Zellen sind knapp und man braucht Geld zu den Sommerferien für die Parlamentarier.

Die Berliner polizeiliche Paßfälschercentrale des Regierungsrates Bartels, aus der auch Herr Richter bezog, war in den letzten Tagen Gegenstand einer Gerichtsverhandlung. Die Polizeibeamten (!) verkauften Pässe an Verbrecher und schützten sie vor Verfolgung. Erwiesen sind 150 Paßverschiebungen der Paßstelle Tiergarten und 64 der Meldestelle II. Gegen Herrn Bartels, der Leiter des Fremdenamtes war, wurde nicht verhandelt. Ein Mittelsmann des Bartels, der Russe Feldmann, war „offizieller" Paßverkäufer und zahlte dafür Gewerbesteuer! Es wurden 7 Beamte zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Kriminalbeamte und Taschendiebe machten in Leipzig gemeinsame Sache. Die „Staatsdiener" standen bei ihren Komplizen Schmiere, waren ihnen beim Verkauf der gestohlenen Sachen behilflich und verhalfen ihnen zur Flucht, wenn sie verhaftet waren. Es sind bis jetzt 6 Beamte verhaftet.

Paßschieberei, Urkundenfälschung, Bestechung führten in Hamburg zur Verurteilung von 10 Beamten zu Gefängnisstrafen. Sie hatten Defraudanten mit falschen Papieren in großem Maßstabe nach Amerika geschickt.

Die Ueberfüllung der Zellen dürfte wahrscheinlich die Ursache sein, daß die Komplizen Barmats, Staub und Rabenowitsch von der Meckerbank, wieder enthaftet wurden. Rechtsanwalt Engelbert, Sozius von Justizrat Werthauer, Vorsitzender des „Aufsichtsrats" der Kutiskerschen „Bank"

wurde ebenfalls gegen 40 000 Mark Kaution aus der Haft entlassen.

Schützt die Republik! Der frühere Reichskanzler Bauer hat sein Amt als stellvertretendes Mitglied des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik niedergelegt. — Wenn nun Herr Bauer Schule macht?

Wie bei uns! Sechs gesellschaftlich hochstehende Direktoren der zusammengebrochenen spanischen Banca della Union Minera in Bilbao (Spanien) sind verhaftet worden.

Landes-Pfandbriefanstalt-Skandal

Die Sozialdemokratie könnte vor Neid ihren letzten rötlichen Schimmer verlieren. Ihre Führer sind vom Hochadel übertrumpft in Punkto Nimm. Die Herren von Ar und Halm haben auch in der Demokratie ihre Eigenschaften aus monarchistischer Zeit nicht ablegen brauchen. In der Zeit der ärgsten Geldklemme wandten sich private Kleinkapitalisten und Kleinwohnhaus-Baugenossenschaften an die (staatliche) Landes-Pfandbriefbank um Kredite, die selbstverständlich abgelehnt wurden. Dafür wurden einem Junkerkonsortium die Staatsgelder gleich millionenweise in den Rachen geworfen.

Der Preußen-Ausschuß hat sich nach wochenlangem Leer-Strohdreschen in dem sozialdemokratischen Barmatgeschäft so festgefahren, daß er seine Zeit dieser Tage mit einer andern Sache totschlagen mußte. Als Zeugen — nicht als Angeklagte, nicht verhaftet! — erscheinen die Herren von Zitzewitz, von Etzdorff, von Karstädt, von Carlowitz. Diese feudalen Arier hatten durch Suff und Weiber ihren Ernteertrag soweit verjubelt, daß sie sich nach einer neuen Geldquelle umsehen mußten. Sie wußten aus Erfahrung, daß durch Spekulation und Schieberei ein Stück Geld zu machen ist. Doch dazu fehlte das Betriebskapital. Da es aber schon Frühjahr 1924 war, der Staat also schon wieder eine Anzahl Steuer-Millionen aufgestapelt hatte, war dies nicht das ärgste. Man fand schnell ein paar Häuser „20 Millionen wert", machte sich auf die ihrer Austernkneipe am nächsten gelegene Landes-Pfandbrief-Anstalt und pumpte sich so im Handumdrehen 3½ Millionen Rentenmark, die diese eben aus Hauszinssteuern bekommen hatte. Doch um nicht abzuschwächlen, lassen wir am besten den amtlichen Bericht sprechen:

„Vorsitzender Leinert: Sie und die anderen Beteiligten haben also keinen Pfennig eigenes Geld in das Geschäft hineingesteckt? Zeuge v. Karstädt: Nein, das Geld erhielten wir ja von der Pfandbriefanstalt. — Vorsitzender Leinert: Verlangte Geheimrat Nehring Angaben für die Verwendung des Kredits? — Zeuge v. Karstädt: Nein, wir erhielten das Geld, ohne daß wir Angaben über den Zweck zu machen brauchten. Wir haben deshalb auch nie eine endgültige Abrechnung gegeben. — Vorsitzender Leinert: Sie haben doch auch für Ihre persönlichen Aufwendungen Kredit von der Landespfandbriefanstalt erhalten? — Zeuge v. Karstädt: In dem Kredit waren für unsere persönlichen Aufwendungen etwa 300 000 bis 350 000 Mark enthalten. Ich habe davon Carlowitz 175 000 bis 180 000 Mark verwendet. — Abg. Riedel: Haben Sie die für Ihre persönlichen Bedürfnisse verwendeten 100 000 Mark versteuert? — Zeuge v. Karstädt: Nein."

Diese Geschäfte wurden von dem Direktor des Instituts persönlich gemacht. Zum Schein brauchte man Bürgen. Die Fürsprache des Landbundes und des Fürsten Ysenburg genügte nicht den amtlichen Vorschriften; die Bürgschaft zu übernehmen, hüteten sie sich wohlweislich. Zum Schein wurde zunächst das Geschäft abgelehnt. Da aber der Herr Geheimrat selbst ein großes persönliches Interesse an der Sache hatte, telefonierte er die Stettiner städtische Sparkasse an, ob sie die Bürgschaft übernehmen wolle, es solle nur zum Schein sein! Den Stettinern schien die Sache faul, da sie die Junker ebenso genau kennen, als die staatlichen Bankdirektoren. Um auf alle Fälle das „Geschäft" zu machen, bot der Herr Direktor Nehring den Stettinern an, das Geschäft gegen die übliche Bankprovision zu machen. Die Sache wurde derart geschoben, daß — in den Büchern der Pfandbriefbank — das Geld auf das Konto der Stettiner Sparkasse gebucht, aber den feudalen Junkern ausgehändigt wurde. Vor dem Untersuchungsausschuß wird das wie folgt geschildert:

„Vors. Leinert: Wie vollzog sich denn die Abhebung der Kredite von der Pfandbriefanstalt? — Zeuge v. Karstädt: Gewöhnlich gingen v. Etzdorf und ich oder es gingen auch v. Carlowitz und v. Zitzewitz zu Geheimrat Nehring; **er sträubte sich zunächst (!),** hat das Geld dann aber immer hergegeben."

Die Stettiner hatten aber genug demokratische Moral im Leibe, dafür, daß die Pfandbriefbank den Namen der städtischen Sparkasse in ihre Bücher schrieb, einen Hundert-tausender Provision zu verlangen! Und der Herr Geheimrat telephonierte ihnen zurück, daß ja alles nur zum Schein war! Herr Geheimrat Nehring ist selbstverständlich — pensioniert!

Kommentar ist nicht nötig. Dem Staat Preußen hat noch mehr Staatskassen, es laufen noch mehr proletarische Steuergelder ein, es gibt noch mehr feudale Junker und sozialdemokratische Parlamentarier.

Ausland

Der weiße Mord in Bulgarien

Die Baseler sozialdemokratische Arbeiterzeitung stellt folgende Statistik über den blutigen Terror in Bulgarien unter dem Schreckenregiment Zankow auf:

„In Bulgarien peitscht die Polizei nicht — **sie mordet nur!** Während anderthalb Jahren sind ermordet worden: Fünf Minister (unter ihnen ein Ministerpräsident), fünfundzwanzig Abgeordnete, fünfzehn Journalisten, vierzig Rechtsanwälte, zehn Studenten und Studentinnen, zwei Ingenieure, zwei Aerzte, dreißig Schüler, hundertvierzig Lehrer, fünf Geistliche (unter ihnen der Abt eines Klosters), achtzehntausend Arbeiter und Bauern."

Mehr als dreißigtausend sind von der weißen Rachejustiz hinter Kerkermauern geschickt worden. Dieses würde erst die Statistik vollwertig machen, aber das muß man ja verschweigen. Auch verschweigt die Baseler sozialdemokratische Zeitung, daß gerade die bulgarische Sozialdemokratie die Koalitionspartei des Henkerregimes war. Das Bild ist überall dasselbe. Erst verbündet sich die Sozialdemokratie mit der weißen Konterrevolution und zieht sie, wie in Deutschland, erst wieder groß, um dann nachher, wenn die Bestie Blut säuft und nicht lange untersucht, ob es auch alles kommunistisches Blut ist, Zeter und Mordio zu schreien, daß die Reaktion wieder triumphiere. Solange das Proletariat nicht als Klasse sich endgültig von diesem ekelhaften Kleinbürgertum, der Sozialdemokratie lossagt, und sein Geschick in eigenen Hände nimmt, wird es stets das Opfer dieser doppelzüngigen Kanaillen sein.

Die KAZ., V. Jahrgang, ist jetzt gebunden zu erhalten. Der Preis für den in Halbleinen gebundenen Jahrgang beträgt 10 Mark.

Ortsgruppen und Parteigenossen erhalten Vorzugspreise. Zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur u. Antiquariat, Berlin O 17, Warschauer Straße 49. Postscheckkonto: Berlin 490 29.

In 8 Tagen erscheint der „Proletarier" Nr. 5. — Aus dem Inhalt heben wir hervor: „Völker, höret die Signale!" Ueber die revolutionäre Presse. Agrarpolitisches. Aus der Geschichte der preußischen Staatsbank. — Preis des Heftes 30 Pfg.

Macht regste Propaganda für diese Nummer.

Aus der Jugendbewegung

Nach dem Jungarbeiterkongreß.

(Schluß.)

Wir hatten als KAJ., da wir nicht eingehend Stellung zu den aufgeworfenen Fragen nehmen konnten, eine Resolution mit folgendem Inhalt einzureicht.

Resolution!

„Der am 25. Januar 1925 in Essen tagende Jungarbeiter-Kongreß erkennt, daß in der gegenwärtigen Epoche der Todeskrise des Kapitals und der sozialen Revolution Kämpfe um wirtschaftliche Teilforderungen Illusionskämpfe sind, die das Proletariat ideologisch zum Kampfe um die Erringung der gesellschaftlichen Macht, das einzig mögliche und geschichtlich bedingte Ziel des Kampfes der Arbeiter in der gegenwärtigen Epoche, unfähig macht. Die einzige Aufgabe der revolutionären proletarischen Jugend kann deshalb nur die sein, die kommenden Kämpfe und revolutionären Auseinandersetzungen mit der Bourgeoisie ideologisch und organisatorisch in der Gesamtarbeiterschaft vorzubereiten und alle dem entgegenstehenden Illusionen in den Köpfen der Arbeiter rücksichtslos zu zerstören.

Diese Arbeit erfordert:

1. Energische und zielklare Propaganda in diesem Sinne in allen Betrieben, Versammlungen, d. h. überall dort wo Proletarier zusammenkommen.
2. Zerschlagung und Kampf gegen alle diejenigen Organisationen die dem entgegenstehen, das sind in der Hauptsache Gewerkschaften, parlamentarische Parteien, gesetzliche Betriebsräte, Reichsbanner usw.
3. Zusammenschluß in den Betrieben als Klasse mit dem ausschließlichen Ziel der Eroberung der Produktion.
4. Organisierung der entschlossensten und zielklarsten revolutionären Arbeiter in antiparlamentarische, antigesetzliche Räteorganisationen.

So vorbereitet wird die Gesamtarbeiterschaft mit dem festen Bewußtsein von der Notwendigkeit der Erkämpfung des Kommunismus auf dem Wege der proletarischen Rätediktatur den kommenden Kämpfen entgegengehen und damit der proletarischen Revolution den Weg ebnen. Die gesamte proletarische Jugend rufen wir auf, sich in diesem Sinne einzuordnen in die Klassenkampffront und zu kämpfen!

Für Eroberung der Produktion!
Für die proletarische Rätediktatur!
Für die Weltrevolution! Für den Kommunismus!

Unserer Resolution gegenüber stand die von der KJD. eingebrachte, bekannte Breslauer-Weißenfelser Resolution. Die Abstimmung ergab für die Breslauer-Weißenfelser Resolution ca. 180 Stimmen.

Für die von uns als KAJ. eingebrachte Resolution 11 Stimmen. Damit war gegen 4 Uhr der unter großzügigster Propaganda und mit vielem Tamtam einberufene Jungarbeiterkongreß zu Ende.

Wird die Bourgeoisie nun zittern?

Uns als KAJ. wird dieser Kongreß eine Lehre sein, und zwar dahin, bei zukünftigen ähnlichen Kongressen schon mit aller Kraft und Agitations- und Aufklärungsarbeit unter den jugendlichen Arbeitern zu wirken, die solche Kongresse besuchen wollen resp. dort hingehen, um nicht, mit Respekt gesagt, ein Affentheater zu besuchen, sondern revolutionäre Vorarbeit zu leisten, die solche Kongresse als ein Sammelpunkt klassenbewußter Jungarbeiter sich vorstellen, ihnen das nötige Rüstzeug mit auf den Weg zu geben, damit solche Kongresse nicht zu einem Tummelplatz gemacht werden können von Warenhauskommunisten.

Die jugendlichen Arbeiter und Mitglieder der Kommunistischen Jugend, die diesem Jungarbeiterkongreß beigewohnt haben — mit dem ernsten Vorhaben, wirkliche praktische, erfolgversprechende Arbeit zu leisten — die auch dem Wesen revolutionär-kommunistisch denkender Jungproletarier entspricht und die in ihrem Vorhaben durch das famose Büro und den Vorstandstisch daran gehindert wurden, fordern wir auf sich mit uns als Kommunistische Abeiter-Jugend zu vereinen, resp. in Verbindung zu treten zwecks gegenseitiger Unterhaltung und Klärung der Fragen, die Euch von uns trennen.

Ueber das, was die Breslauer-Weißenfelser Resolution für die arbeitende Jugend von Wert — oder nicht Wert ist, werden wir in der nächsten „Roten Jugend" eingehen.

O, Bürokratius

Würde Löcherlichkeit töten, in dieser morschen demokratischen Republik wüchse kein Hälmchen Gras. So sehr man sich auf alles, aber auch auf alles gefaßt macht, es gibt immer noch Ueberraschungen: so bizarr grotesk, wie sie nur in einer vermoderten Amtsstube im Gähnen über vergilbten Folianten aus der langweilig-gründlichen Pedanterie wachsen können.

Erhält ein seit langer Zeit Arbeitsloser, der keine Erwerbslosenunterstützung erhält, der 20, 30 mal vernommen, befragt, ausgehorcht wurde — mündlich und schriftlich — folgendes Schriftstück:

Strafverfügung.

„Durch Schreiben vom 11. 12. 1924, zugestellt am 19. 12. 1924, ist Ihnen eine Geldstrafe angedroht für den Fall, daß Sie zur Erörterung Ihrer **Voraussahlungspflicht auf die Einkommensteuer** an Amtsstelle nicht erscheinen. Gründe für die Versäumnis haben Sie nicht angegeben.

Da Sie diese Aufforderung unbeachtet gelassen haben, wird nunmehr die angedrohte Geldstrafe auf Grund des § 202 Abs. 1 der Reichsabgabenordnung vom 13. Dezember 1919 in Höhe von

Zwanzig Mark

an deren Stelle für den Fall des Unvermögens

3 Tage Haft

treten, festgesetzt.

Die Geldstrafe ist binnen 2 Wochen, vom Tage der Zustellung dieser Strafverfügung ab gerechnet, beim Finanzamt Andreas, Pfuelstraße Nr. 5, zu Strafliste Nr. 665 § 202 einzuzahlen.

Gleichzeitig werden Sie erneut ersucht, der Aufforderung des Finanzamts binnen 10 Tagen nachzukommen, widrigenfalls eine weitere Geldstrafe von 50 Mark, an deren Stelle im Unvermögensfalle eine Haftstrafe von 10 Tagen tritt, gegen Sie festgelegt wird."

Also: Wer kein Geld hat Steuer zu zahlen, zahlt 3 Mark Strafe. Wer keine 3 Mark hat, zahlt 10 Mark. Wer nun die 10 Mark nicht berappt? — Diese Progressive der Andreasleute führt in kurzer Zeit zu lebenslänglicher Haft. Die Arbeitslosenfrage wäre gelöst!

Klar und unerschrocken für den Gedanken des Kommunismus wirkt die

K·A·Z

Die Kommunistische Arbeiterzeitung erscheint Montags und Donnerstags

Mitteilungen

GROSS-BERLIN.

Am Sonnabend, **den 7. März,** findet am Ostbahnhof 17, abends 7½ Uhr, eine allgemeine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Eisheitsfrontversuch Moskau-Amsterdam. 2. Diskussion. 3 Organisatorisches. a) Gruppenberichte; b) Zeitung; c) Kasse. 4. Verschiedenes. Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Am Sonntag, den 8. März, **Propagandafahrt nach Eberswalde.** Treffpunkt 7.20 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen. Agitationsmaterial ist mitzubringen.

Der B. A. A. der K. A. J.

7. Bezirk (Charlottenburg), Mittwoch, den 11. März, abends 7.45 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** in der Schule, Guerickestraße 32. Alle Genossen müssen erscheinen. — Mitgliedskarte ist vorzulegen.

19. und 20. Unterbezirk. Freitag, den 13. 3. wichtige gemeinsame Mitglieder-Versammlung in **Reinickendorf-Schönholz,** Seebeckstr., Ecke Sommer-Straße. Erscheinen aller Genossen unbedingte Pflicht!

Leipzig.

Beschlüsse für die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung", „Kampfruf" und „Proletarier" und Anmeldungen für Partei und Union, sowie alle Auskunft jederzeit bei:

Albert Warschau, Böhlitz-Ehrenberg, Leipziger Str. 99 II.

Neu erschienen!

„Rote Jugend".

Kampforgan der Komm. Arbeiter-Jugend.

Nr. 2. Jahrgang 5. Preis 10 Pfg.

Inhalt:

Die Hölle auf Erden. — Jungarbeiter, sprengt die Ketten der Lohnsklaverei. —; Das Arbeitspferd. — Das Mädchen in der proletarischen Jugendbewegung. — Warum sind wir Kommunisten? — Etwas vom „Weltfrieden". — Aus den Betrieben.

Jungarbeiter! Lest und verbreitet die „Rote Jugend". — Genossen der KAP. und AAU.! Verbreitet die „Rote Jugend" in den Betrieben unter den Jungproleten!

Zu beziehen durch alle Gruppen der KAJ. und durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49.

Ausschneiden
und an die Buchhandlung einsenden.

Bestellzettel

an die

Buchhandlung für Arbeiter-Literatur und Antiquariat

Berlin O 17. Warschauer Straße 49

t tück	Ich / Wir bestellen zu Vorzugspreisen:	Statt Mark	Nur Mark
.....	**Beer, M.:** Allgemeine Geschichte des Sozialismus. Gnzl.	1,—	8,—
.....	**Bucharin, N.:** A. B. C. des Kommunismus	3,—	2,—
.....	**Cunow, H.:** Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- u. Staatstheorie. 2 Bd.	1,—	8,—
.....	**Friedrich, E.:** Oskar Kanehl, der proletarische Dichter	—,80	—,50
.....	**Freidrich, E.:** Krieg dem Kriege. ca. 200 Original-Photographien vom „Feld der Ehre" u. vom „Heldentod". Hlbl.	5,—	2,50
.....	**Luxemburg, R.:** Akkumulation des Kapitals. Bd. 1 u. 2 Hlbl.	10,—	8,—
.....	**Liebknecht, K.:** Studien über die Bewegungsgesetze d. gesellschaftlichen Entwicklung Gnzl.	10,—	8,—
.....	**Wells, H. G.:** Grundlinien der Weltgeschichte; vom Urtier zum Kulturmenschen Gnzl.	20,—	18,—
	Zusammen:		

Namen: ..... Ort: .....

Wohnung: .....

Versand nach auswärts nur gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages. Porto zu Lasten des Empfängers.

Bestell-Zettel

Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post frei Haus

Name .....

Ort .....

Straße ..... Nr. .....

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an eine der obigen Adressen oder direkt an die **Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49,** zu senden.

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Otto Schernell, Berlin.
Druck: Willy Isardonat, Berlin O 17, Lange Straße 79.

6. Jahrg. Nr. 18

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel — Spesen werden nicht aufgenommen.

März 1925

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats

Korrumpierte Gewerkschaftler

Wer antwortet auf diese öffentlichen Fragen?

Die „N. Z. der Arbeit" im Untertitel (Der neue Kurs), ein Organ der Freiwirtschaft-Bewegung, hat in ihrer Nummer 8, als 4. Februar-Nummer, folgende öffentliche Fragen gestellt, die für das gewerkschaftlich organisierte Proletariat sowie für die wieder neu erstandenen Zutreiber für die freigelben Berufsorganisationen, die Einheitsfronttaktiker der III. Internationale, von sehr großer Bedeutung sind. Bezeichnend ist, daß das Ruhrpanama, das doch erst so stark vom „Vorwärts" behandelt wurde, nun mit einmal garnicht mehr zu existieren scheint. Den Schlüssel für das plötzliche große Schweigen liefert wahrlich nicht Eberts Tod, sondern folgender Artikel oben genannter Zeitung, den wir im Zusammenhang hier wiedergeben:

„Gewerkschaftsführer und Ruhrskandal
Indiskrete Fragen an die Regierung.

Der Skandal der Ruhrentschädigungen zieht immer weitere Kreise. So findet unter anderen zwischen dem „Berliner Tageblatt" und der Reichsregierung ein „Nachrichtenaustausch" darüber statt, wieviel die Ruhrindustrie außer den zurzeit erhaltenen 715 Millionen Goldmark noch an Kreditbriefe und Lohnsicherung erhalten hat und welche Verwendung diese Mittel gefunden haben. Bekanntlich haben diese Mittel trotz ausdrücklichen Verbotes — zur Devisenbeschaffung und zur Erweiterung der Betriebe gedient.

Der Korruption hat sich diese weitere Affäre gezogen. Sie hat Kreise betroffen, die durch die Aufdeckung der Korruption — die wir voraussehen werden —, ganz besonders empfindlich berührt werden. Wir meinen die

Zuwendungen an die Gewerkschaften.

Damit die Arbeitnehmer erfahren, wie weit die Gerüchte auf Wahrheit beruhen, daß sich verschiedene Gewerkschaftsführer bei dem passiven Widerstand „gesund gemacht" haben, stellen wir folgende Fragen an die Reichsregierung und ersuchen im Interesse der Arbeitnehmerschaft das Reichswirtschafts- und Reichsarbeitsministerium um genaue Beantwortung:

1. Wieviel Gelder sind damals für die „Ruhrhilfe" öffentlich gesammelt worden?
2. Wieviel hat die Notenpresse zum Ruhrhilfeziele beigetragen?
3. Zu welchem Zwecke haben die Gewerkschaften Ruhrgelder erhalten?
4. Welche Stelle diente als Vermittlungsorgan zwischen der Reichsregierung und den Gewerkschaften?
5. Sind die Gewerkschaften in diesem Vermittlungsorgan öffentlich vertreten gewesen, oder gab die Vertretung als persönliches Mandat?
6. Wie hießen die Vertreter?
7. In welcher Weise erfolgte die Nachprüfung über die Verwendung der den einzelnen Vertrauenspersonen überwiesenen Summen?

Man wird versuchen, die Auskunftserteilung unter dem Vorwand der „Gefährdung nationaler Interessen" abzulehnen. Doch das ist zwecklos. Die rheinisch-westfälischen Arbeiter denken heute anders über den passiven Widerstand, nachdem ihnen die Augen durch das Verhalten der Industriellen geöffnet sind.

Heute vorlangen sie Klarheit darüber, ob ihre Gewerkschaftsführer sie auch hier zum Zwecke persönlicher Bereicherung verraten haben.

Wir fordern hiermit auch die Gewerkschaften auf, sich zu den von uns gestellten Fragen zu äußern und empfehlen allen Lesern, sowohl die Gewerkschaftsmitglieder sind, in ihren Ortsgruppen zu verlangen, daß in besonders zu diesem Zwecke einberufenen Versammlungen der Gewerkschaftsspitzen die Beantwortung dieser Fragen zur Pflicht gemacht wird."

Diese Fragen werden weder von der Regierung (überhaupt welch harmloses Verlangen) noch von der Sozialdemokratie, noch von den Gewerkschaftsbesitzern, noch von den Gewerkschaftseroberern (den „Kommunisten") beantwortet werden; denn die damals neu erstandene chauvinistische Welle hat alle parlamentarischen und gewerkschaftlichen Gauner zu einer Front vereinigt. In lebhafter Erinnerung ist noch das berüchtigte Schweigen der „Roten Fahne" anläßlich der Kommunistenhetze durch die Regierung. In Erinnerung sind noch die Aeußerungen eines Rosenberg gegenüber völkischen Studenten, in denen man sich bereit erklärte, mit den Mördern von Liebknecht und Rosa Luxemburg eventuell gemeinsame Sache zu machen zur Rettung der Nation. Also von den Gewerkschaftseroberern ist nichts zu erwarten, denn neuer Unsinn und neuer Betrug.

Daß die kleinbürgerlichen Erzgauner, die Gewerkschaftsbesitzer unmöglich ihr eigenes Grab freiwillig graben werden, versteht sich am Rande.

Was von den Gewerkschaftsführern gilt, gilt selbstverständlich für die Ebert-Partei. Uebrigens haben die Ebert- und Lenin-Parteien wichtigere Sachen (Präsidentenwahl) vor, als sich um den „alten Quark" von 1923 — übrigens war das Krieg und da gelten eben andere Bestimmungen — noch länger zu kümmern.

Die oben gestellten Fragen werden erst dann beantwortet werden, wenn das Proletariat als Klasse sich zum Herren der Lage macht und die korrumpierende Profitwirtschaft durch die Bedarfswirtschaft, durch den Kommunismus, ersetzt. Erst die revolutionären Räte werden als Organe der Klassendiktatur all die Dokumente dem internationalen Proletariat übermitteln, die heute noch von dieser Ordnung aufbewahrt und beschützt werden, die aber heute schon, bei ihrem Bekanntwerden, ganz sicher manchem vertrauensseligen Gewerkschaftseroberungs - Proletarier und vielleicht auch noch manchem „alten" SPD.-Arbeiter die Augen öffnen würden.

Gewerkschaft, **dein Name ist Verrat.**

Ihre Grundlage ist die Profitordnung und um ihrer selbst willen müssen sie mit allen Mitteln, sei es mit den Mitteln Noskes und Eberts oder mit den Mitteln der Korruption, die aus obigen Fragen klar hervorleuchten, diese „Ordnung" stützen.

Von den freigelben Gewerkschaften keinen Verrat erwarten, hieße vom Tiger verlangen, kein Blut zu lecken. So wie das letztere der natürlichen Veranlagung entspricht, entspringt das erstere dem inneren Wesen der Gewerkschaften.

Für jeden klassenbewußten Proletarier kann es darum nur die eine Lösung geben:

Heraus aus den Orgesch-Gewerkschaften! Hinein in die revolutionären Betriebsorganisationen, die zusammengefaßt die Allgemeine Arbeiter-Union sind.

Neues Ermächtigungsgesetz

Das Nachrichtenbureau des Vereins Deutscher Zeitungsverleger verbreitet folgende Mitteilung aus der Sitzung des Reichsrates:

„Wie in der Vollsitzung des Reichsrats am Donnerstag Abend mitgeteilt wurde, wird der Reichstag Ende nächster Woche sich vertagen, um erst nach der Wahl des neuen Reichspräsidenten wieder zusammenzutreten. Deswegen können weder der Etat für 1924 noch der Etat für 1925 bis zum 1. April verabschiedet werden. Es ist deswegen ein Notgesetz erforderlich, das vom Reichsrat bereits am Montag nächster Woche verabschiedet werden soll."

Dieses Notgesetz, das in obiger Meldung angedeutet ist, bedeutet nichts weiter, als ein neues Ermächtigungsgesetz. Ein Unterschied besteht zwischen damals und heute, und dieses allein schmerzt den „Vorwärts" nämlich: 1923 wurde zum Ermächtigungsgesetz das Ja-Wort der Diätenempfänger aus dem „Hause des Volkes" eingeholt, während es diesmal der Reichsrat allein und recht trocken machen will.

Arme Demokratie, sogar die äußere Hülle nimmt man dir. Ob die wahllüsternen Proletarier immer noch an die Gewalt ihrer „Erwählten" glauben?

Die inzwischen veröffentlichten Dementis ändern an der Tatsache nichts, daß die Bourgeoisie bewußt den kommenden Rebellionen des Proletariats nur mit Zuchthausgesetzen und diktatorischen Maßnahmen begegnen will, und im Interesse des Vaterlandes wird die heut noch Opposition marktende Sozialdemokratie wieder ihr wie immer, Ja-Wort geben.

Ebert und seine Garde

Es gibt verschiedene Themen, bei denen weiß man nicht, wie man beginnen soll. Ein „Führer" des Proletariats stirbt, und die schwerindustrielle „DAZ." erscheint im Trauergewand. Die SPD. und ihr „Vorwärts" suchen durch alle möglichen und unmöglichen Mittel den Ebert als den „größten Deutschen" hinzustellen und die rechtsstehende Presse übertrifft ihn noch in ihren Lobeshymnen. Die hohe Generalität trauert, die Pfaffen trauern, die Kapitalisten groß und klein trauern, das Proletariat trauert, alle trauern, daß die Welt einen „unersetzlichen Verlust" erlitten habe. Die Aufmachung ist auch danach. Der Präsident ist tot, es lebe die Republik! wirft sich der Vorwärts in die Brust, und alles schreit im Chore nach: Die Pfaffen, die Kapitalisten, der Niedner in seinem Staatsgerichtshof, die Reichswehr, die Arbeiter. Ist das eine Republik, ist das ein Präsident! — Wo soll man da also beginnen? Der Fall ist ja — scheinbar — hoffnungslos!

Aber wir müssen auch diesem großen Haufen Dreck zu Leibe gehen, und wenn mancher Arbeiter auch nur den Dreck sieht, in dem er steckt, ist schon viel gewonnen.

Der einstige Sattlergeselle ist Präsident der von Monarchisten „geretteten" Republik geworden. Denn daran besteht kein Zweifel: Die weißgardistischen Banden haben die Republik noch einmal vor der Revolution gerettet. Die Rolle der SPD. und damit Eberts bestand nicht in der physischen Seite, sondern in der psychologischen. Und damit sind wir bei dem Punkt, der so stark in den Vordergrund geschoben wird: „vom Arbeiter zum Reichspräsidenten".

Wer konnte in den stürmischen Revolutionsepochen eigentlich als wirklicher Befehlshaber der weißen Banden in Frage kommen? Das konnte nur eine Partei sein, die die Hilflosigkeit, die Schwächen, die Illusionen, die Unentschlossenheit, die kleinbürgerliche erbliche Belastung der aufbegehrenden bis aufs Blut geschundenen Arbeitermassen genau kannte, und mit brutalem Zynismus dreinschlug, von Sozialisierung redete und die weißen Horden organisierte, von Einigkeit faselte und die revolutionären Vertreter des klassenbewußten Proletariats morden ließ, die — kurz zusammengefaßt — die Psychologie der Massen genau erforscht, genau studiert und die gewonnenen Erfahrungen bis in alle Konsequenzen im Sinne der Konterrevolution zu nützen verstand. Das war und ist noch — Ehre dem Ehre gebührt —! die SPD. und ihre Gewerkschaften. Und wenn am Grabe einer der Größten dieser Sorte die Bourgeoisie die Verdienste dieses „Großen" anerkennt und ihm alle nur erdenklichen „Ehren" erweist, so soll man diesen Ruhm als berechtigt anerkennen. Das revolutionäre Proletariat denkt auch nicht daran, dieser Garde ihren Ruhm zu schmälern. Im Gegenteil: Es ist nicht zu bestreiten, daß zur Bekräftigung dieses Ruhmes der letzthin stattgefundenen Prozeß in Magdeburg noch einiges beigetragen hat. Daß die durch die Barmat-Affäre beleuchtete moralische, intellektuelle und politische Korruption die „geschichtliche Größe" Fritz Eberts und seiner Partei aufs neue bewiesen haben. Der „Vorwärts" stellte siegesbewußt fest, daß auch die „Gegner" die „staatsmännischen Fähigkeiten" ihres Ebert anzuerkennen gezwungen sind. Wir müßten lügen, wenn wir dies unsererseits verleugnen wollten. Wir betonen ausdrücklich: diese Republik, diese Sozialdemokratie, und dieser Präsident gehörten zusammen wie Maden und stinkender Käse. Hoffentlich findet sich zu dieser Republik ein neuer würdiger Präsident! Doch bei der kulturellen und moralischen Stufe auf der sie ruht, bei dem geistigen Niveau, das sie füllt, braucht man darum nicht bangen. Zudem geboten ja die SPD. und die Gewerkschaften im Geiste Ebert's weiter zu kämpfen. Mehr kann man nicht verlangen!

Wir sind uns dessen bewußt, daß wir mit dieser Biographie nicht befriedigen. Sie ist zu eng, zu kleinlich, zu gehässig. Aber beim besten Willen: wir können die Dinge nicht anders sehen, wie sie eben sind. Der Kleinbürger Fritz Ebert hat selbst nie den Ehrgeiz besessen, eine Zeile zu schreiben, die einen Gedanken enthält. Die Sozialdemokratie wurde 1914 vor die geschichtliche Alternative gestellt, entweder zum Hebel einer revolutionären Umwälzung zu werden, oder aber zu ver-